



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	A 1
ANTRAGSTELLER	UB Vorstand
ADRESSAT	
BETREFF	Digitales Leben politisch gestalten

- 1
2
3 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
4
5 Das digitale Leben muss politisch gestaltet werden. Wir wollen die Chancen ergreifen
6 und die Risiken zähmen. Wir müssen die Treiber der Digitalisierung sein, nicht die
7 Getriebenen.
8 Wir müssen zugestehen, dass derzeit der fatale Eindruck entstehen könnte, dass die
9 Gesetze im Netz von internationalen Großkonzernen festgelegt werden, die ihre Regeln
10 weder öffentlich aushandeln noch demokratischen Prinzipien folgen. Aber auch in der
11 digitalen Gesellschaft muss das Primat der Politik gelten. Die jüngsten Entwicklungen bei
12 Facebook haben gezeigt, wie intransparent und verbraucherunfreundlich diese sozialen
13 Netzwerke sind.
14 Der Zugang zu schnellem Internet wird für die Wirtschaft zum Überlebensfaktor, bei
15 Privatpersonen entscheidet er zunehmend über den Zugang zu Erwerbsarbeit, Kultur,
16 Bildung und medizinischer Versorgung.
17 Die sogenannte Sharing Economy mit Plattformen wie Airbnb oder Uber bedroht Teile
18 des traditionellen Gewerbes wie zum Beispiel das Hotel- oder Taxigewerbe. Wenn billige
19 Preise mit dem Verzicht auf Sicherheit, durch miserable Bezahlung der Mitarbeiterinnen
20 und Mitarbeiter, Subunternehmer oder Scheinselbstständigen und dem Unterlaufen der
21 Mindeststandards erreicht werden, dann ist das kein Fortschritt. Wir wollen die Sharing
22 Economy so gestalten, dass sie dem Leitbild einer guten digitalen Arbeit entspricht.
23 Mit der Digitalisierung sind große Hoffnungen verbunden, dass sie uns helfen,
24 Krankheiten besser vorzubeugen, zu heilen und zu behandeln. Wir begrüßen es, dass
25 sich die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt, eine
26 Roadmap zur Entwicklung und Umsetzung innovativer E-Health-Lösungen anzubieten
27 sowie eine elektronische Patientenakte einzuführen. Aber das genügt nicht.
28 Mithilfe digitaler Technologien können auch Ressourcen effizienter eingesetzt und auch
29 Klimaziele unterstützt werden.
30 Wir fordern:
31
 - Das Internet muss für alle bezahlbar sein.
 - Flächendeckender Ausbau der Breitbandversorgung mit mindestens 100 Mbit
 - Breitbandausbau wird als Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge in den
34 Aufgabenkatalog der Gemeinden aufgenommen.
 - Im Gegenzug wird die regionale Daseinsvorsorge als Gemeinschaftsaufgabe im
36 Grundgesetz verankert. Dadurch wäre es möglich, einen mit Bundesmitteln
37 ausgestatteten Regionalfördertopf aufzulegen.
 - Förderung unabhängiger Initiativen zur Aufklärung und Richtigstellung von Fake
38 News
39

- 40 • Wir befürworten, dass die neue Bundesregierung Daten-Portabilität stärken will.
41 Aber wir gehen einen Schritt weiter. Wir fordern, dass Daten-Portabilität
42 gewährleistet wird, das bedeutet, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher
43 jederzeit in der Lage dazu sein, Daten mitnehmen zu können.
- 44 • Das Setzen von Mindeststandards auf Plattformen der sogenannten Sharing
45 Economy (wie zum Beispiel Airbnb oder Uber), um faire Entlohnungs- und
46 Arbeitsbedingungen sowie eine soziale Absicherung der Dienstleister zu erzielen.
- 47 • Durch die qualifizierte Nutzung und Kommunikation von Patientendaten in einer
48 sicheren Telematik-Infrastruktur sollen bewusste Lebensführung und Prävention,
49 medizinische Behandlung, Notfallmedizin und Pflege vernetzt und Medikations-
50 und Behandlungsfehler vermieden werden.
- 51 • Für chronisch Kranke bietet die Digitalisierung neue Möglichkeiten der
52 Überwachung des Gesundheitszustandes und damit mehr Sicherheit, aber auch
53 mehr Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit.
- 54 • Datenschutz und die Schweigepflicht müssen vor Effizienz- und
55 Wirtschaftlichkeitserwägungen kommen. Die Digitalisierung darf gerade im
56 Gesundheitswesen nicht zur Entsolidarisierung beitragen. Dementsprechend
57 kritisch sehen wir Entwicklungen, dass Krankenkasse eine vermeintlich
58 gesundheitliche Lebensführung per App überwachen und dann belohnen wollen.
- 59 • Durch effiziente Transport- und Lagersysteme, also intelligente Logistik, kann der
60 Energieverbrauch gesenkt, die Verkehrsinfrastruktur entlastet, die Kosten für
61 Unternehmen sowie öffentliche Hand gesenkt und einem zu erwartenden
62 Ansteigen weiterer Verkehrsbelastungen insbesondere in Innenstädten begegnet
63 werden.

64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	A 2
ANTRAGSTELLER	UB Vorstand
ADRESSAT	
BETREFF	Gute Arbeit 4.0

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die Digitalisierung wirkt in immer stärkerem Ausmaß auf die Arbeitswelt ein. Wir Sozialdemokraten müssen Treiber der Digitalisierung sein, nicht die Getriebenen sein. Wir müssen die Chancen der Digitalisierung ergreifen, aber auch die Risiken zähmen.

Die neue Arbeitswelt muss sowohl Sicherheit als auch Flexibilität bieten, damit sich ein kreatives Klima für Innovationen entfalten kann, aber auch sich die Menschen auf teilweise schwierige Lernprozesse einlassen können.

Die Digitalisierung ist die vierte Industrielle Revolution. Bei einer Industriellen Revolution fallen zwar Arbeitsplätze weg, aber es entstehen auch neue. Damit die Menschen, deren Arbeitsplätze wegfallen, nicht auf der Strecke bleiben, ist lebenslanges Lernen erforderlich.

Die Digitalisierung bietet in vielen Branchen die große Chance, Arbeit zeit- und ortsunabhängig zu erledigen. Diese Möglichkeiten sollen genutzt werden, um mehr Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu eröffnen. Gleichzeitig darf es aber nicht dazu führen, dass bestehende Arbeitsschutzregelungen außer Kraft gesetzt werden. Zur Arbeit 4.0 gehört auch der Feierabend 4.0.

Neben den Chancen gibt es auch die Risiken der Digitalisierung. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen nun in weltweiter Konkurrenz. Es entstehen teilweise neue kurzfristige, prekäre und vor allem nicht sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse. Etwa beim Online-Vermittlungsdienst für Personenfahrten, „Uber“, gelten die Fahrerinnen und Fahrer als selbstständig; die Plattform selbst sieht sich nur als Vermittler, nicht als Arbeitgeber. Urlaubsgeld bekommen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesen Fällen genauso wenig wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Crowd- und Outsourcing gefährden zudem reguläre Arbeitsplätze. Wir Sozialdemokraten müssen und werden da eingreifen.

Wir fordern:

- Ein Recht auf Weiterbildung: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können sich bis zu sieben Jahre freistellen lassen und haben ein Rückkehrrecht auf einen Arbeitsplatz mit mindestens dem alten Qualifikations- und Lohnniveau.
- Schaffung eines persönlichen Erwerbstätigenkonto mit einem „Startkapital“, das Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für Qualifizierung und Auszeiten nutzen können – etwa für die Finanzierung von beruflicher Weiterqualifizierung, die nicht durch die Betriebe übernommen wird, für Existenzgründungen oder den Übergang in eine Selbstständigkeit, für Arbeitsreduzierungen oder Sabbaticals für Erziehung oder Pflege eines Angehörigen oder für den flexiblen Übergang in den Ruhestand.

- 40
- 41
- 42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62
- 63
- 64
- 65
- 66
- 67
- Das lebenslange Lernen soll entweder durch Steuern oder ein Umlagesystem der Arbeitgeber finanziert werden. Dadurch soll gewährleistet sein, dass die Kosten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht erdrücken und kleinere und mittelständische Unternehmen keinen Nachteil gegenüber Großkonzernen haben.
 - Für erstmals oder wieder in den Arbeitsmarkt einsteigende Beschäftigte sollen IT- und EDV-Schulungsmöglichkeiten angeboten werden.
 - Home-Office-Modelle sollen dazu genutzt werden,
... um Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern,
... Menschen mit Beeinträchtigung die Möglichkeit zu geben, ein selbstbestimmendes Leben zu führen und die Teilhabe am Arbeitsprozess zu eröffnen,
... Menschen in strukturschwachen Regionen neue berufliche Perspektiven zu eröffnen,
... durch die Reduzierung des Pendelverkehrs unnötigen Straßenverkehr zu vermeiden.
 - Es muss klare Definitionen für Ruhezeiten geben (keine Erreichbarkeit).
 - Im Arbeitszeitgesetz muss ein Recht auf Nichterreichbarkeit und Nicht-Reaktion verankert werden.
 - Der Arbeitnehmer-Begriff muss neu definiert und dabei beachtet werden, dass sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nicht in Scheinselbstständigkeit (z. B. durch Werkverträge) umgestaltet wird. Notwendig ist dafür einerseits eine erweiterte und besser durchsetzbare Definition von Scheinselbstständigkeit, andererseits aber auch eine Ausweitung des Arbeitnehmer-Begriffs auf diejenigen, die nicht persönlich, sondern sachlich oder wirtschaftlich abhängig sind.
 - Es müssen klare Richtlinien gegen prekäre Beschäftigung auch bei digitaler Arbeit (Crowdworking etc.) gelten. Eine Möglichkeit wäre eine Regulierung von Crowdworking, die sich am bestehenden Heimarbeitsgesetz orientiert.
 - Outsourcing muss arbeits-, sozial- und tarifvertraglich reguliert werden.

68
69
70
71

72 Angenommen:
73 Abgelehnt:
74 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	A 3
ANTRAGSTELLER	UB Vorstand
ADRESSAT	
BETREFF	Für bezahlbaren Wohnraum sorgen

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Wir begrüßen es zwar, dass der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung vorsieht, bis 2021 zusätzliche zwei Milliarden Euro in den sozialen Wohnungsbau zu investieren, und das dafür notfalls auch eine Grundgesetzänderung vorgenommen wird. Aber wir finden auch, dass diese Anstrengungen nicht ausreichen. Es fallen zurzeit mehr Sozialwohnungen aus der Preisbindung, als dass neue gebaut werden. Eine im April 2018 veröffentlichte Studie der Hans-Böckler-Stiftung besagt, dass im Bestand der Großstädte derzeit 1,9 Millionen leistbare Wohnungen fehlen.

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist eine der zentrale Herausforderungen, vor denen unser Land steht. Verteilungskämpfe um bezahlbaren Wohnraum könnten den gesellschaftlichen Frieden bedrohen. Umso wichtiger ist es, dafür zu sorgen, dass einerseits die Zahl der Wohnungen insgesamt, jedoch vor allem der Sozialwohnungen, zunimmt und andererseits die Mieten der schon existierenden Wohnungen nicht exorbitant steigern.

Genauso wichtig wie die Entstehung von neuen bezahlbaren Wohnungen ist es, dass die Mieterinnen und Mietern in ihren eigenen vier Wänden bleiben können und nicht ausziehen müssen, weil entweder die Miete zu teuer geworden ist oder das Haus an einen neuen Besitzer verkauft worden ist. Die Rechte der Mieterinnen und Mietern müssen gestärkt werden.

Wir wollen nicht nur mehr Sozialwohnungen schaffen und dass die Bürgerinnen und Bürgern in ihren vier Wänden bleiben können, sondern wir wollen auch mehr Bürgerinnen und Bürgern in Wohneigentum bringen. Das eigene Haus ist der materielle Ausdruck des sozialdemokratischen Aufstiegsversprechens.

Wir fordern:

- Die zu Ende der 1980er-Jahre abgeschaffte Wohngemeinnützigkeit muss wieder eingeführt werden. Gemeinnützige Wohnungsunternehmen mussten vier wesentliche Bedingungen erfüllen: Gewinnverzicht, Abstellung auf Bedürftige, die Bauverpflichtung und die Zweckbindung der Mittel. Dafür wurden sie von der Körperschaft-, Gewerbe- und Vermögenssteuer befreit und erhielten Befreiungen bei der Grunderwerbssteuer sowie Ermäßigungen bei der Grundsteuer.
- Der Koalitionsvertrag sieht vor, das Engagement der Genossenschaften im Wohnungsbau durch langfristige Finanzierungen und Bürgschaften zu fördern. Wir wollen aber, dass den Genossenschaften Bauland zur Verfügung gestellt wird.
- Für den geförderten Wohnungsbau, für den stadteigenen Wohnungsbau und für Wohnungsgenossenschaften soll die Grunderwerbssteuer entweder komplett oder teilweise erlassen werden.

- 40
- 41
- 42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62
- 63
- 64
- 65
- 66
- 67
- 68
- 69
- 70
- 71
- 72
- 73
- Für Bauflächen auf größeren Flächen (auch Konversionsflächen) wird ein Richtwert für die zukünftige Bebauung entsprechend der Formel 40:30:30 gesetzt. Das bedeutet konkret, dass 40 Prozent der Flächen für den sozialen Wohnungsbau, 30 Prozent für die geförderte Eigentumsbildung und 30 Prozent für eine privat finanzierte Bebauung genutzt werden können.
 - Wir begrüßen, dass die neue Bundesregierung eine Verbesserung der Mietpreisbremse vornimmt, indem die Miete des Vormieters offengelegt werden muss. Wir fordern eine weitere Vertiefung der Mietpreisbremse. Für erhöhte Mietzahlungen gilt der Rückzahlanspruch schon ab Vertragsabschluss. Zudem muss jedem Mietvertrag ein Informationsblatt zur Mietpreisbremse beigelegt werden, in dem die Mieterinnen und Mieter über ihre Rechte informiert werden.
 - Es muss eine Härtefallklausel für Mietverhältnisse eingeführt werden. Wenn mehr als 40 Prozent des Nettohaushaltseinkommens für Miete einschließlich Heizkosten gezahlt werden muss, sind weitere Mieterhöhungen in diesen Härtefällen ausgeschlossen.
 - Der Eigenbedarf muss gesetzlich definiert werden. Eine Eigenbedarfskündigung ist dann unwirksam, wenn dem gekündigten Mieter nicht eine leerstehende Wohnung im gleichen Haus oder in der gleichen Anlage angeboten wird.
 - Die Beschränkung des Berücksichtigungszeitraums für den Mietspiegel auf vier Jahre sowie auf Neuvertragsmieten bzw. geänderte Bestandsmieten ist ersatzlos zu streichen. Es sollen zukünftig alle Mieten tatsächlich im Mietspiegel berücksichtigt werden.
 - Die Betriebskostenverordnung soll dahingehend geändert werden, dass die Kosten für Grundsteuer und Sachversicherungen nicht mehr vom Mieter getragen werden müssen.
 - Die in NRW derzeit geltende Umwandlungsverordnung, nach der in bestimmten Gebieten Mietwohnungen in Wohneigentum nur nach Genehmigung der Kommunen umgewandelt werden dürfen, und die Zweckentfremdungsverordnung, nach der Wohnraum zu anderen Zwecken als Wohnzwecken nur mit Genehmigung der Kommunen genutzt werden kann, dürfen nicht wie geplant von der Mitte-Rechts-Landesregierung abgeschafft werden.
 - Wie bei der Vermietung soll das Bestellerprinzip zukünftig auch beim Kauf von Wohneigentum gelten. Nicht mehr der Käufer, sondern der Verkäufer soll den Makler bezahlen.

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84 Angenommen:
85 Abgelehnt:
86 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	A 4
ANTRAGSTELLER	UB Vorstand
ADRESSAT	
BETREFF	Solidarisches Grundeinkommen gestalten

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Der Regierende Bürgermeister Berlins, Michael Müller, hat eine wichtige Debatte über das solidarische Grundeinkommen angestoßen. Das solidarische Grundeinkommen sollen erwerbslose Arbeitslosengeld-II-Bezieherinnen und -Bezieher erhalten, die ein entsprechend gefördertes Arbeitsverhältnis aufnehmen. Die Aufnahme einer solchen Tätigkeit beruht auf Freiwilligkeit. Ansonsten erhalten die betreffenden Personen weiterhin Arbeitslosengeld II.

Dabei werden Tätigkeiten für die Gesellschaft mit einem Anspruch auf ein solidarisches Grundeinkommen gefördert, für die es vorher überhaupt keinen Markt gab oder die nicht in dem erforderlichen Umfang finanziert wurden. Es soll keine Konkurrenz zu Tätigkeiten am regulären Arbeitsmarkt entstehen. Zum Beispiel können Bezieherinnen und Bezieher eines solidarischen Grundeinkommens ältere Menschen bei ihren Alltagsaktivitäten behilflich sein oder in kommunalen oder gemeinnützigen Einrichtungen angestellt sein. Die Bezieherinnen und Bezieher des solidarischen Grundeinkommens erhalten begleitend Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, um ihre Rückkehr in den regulären Arbeitsmarkt zu fördern.

Das solidarische Grundeinkommen ähnelt sehr dem Sozialen Arbeitsmarkt, der in Nordrhein-Westfalen durch die SPD-geführte Landesregierung erfolgreich erprobt wurde und den die neue Bundesregierung im Bund im neuen Koalitionsvertrag mit vier Milliarden Euro fördern will. Zwischen dem solidarischen Grundeinkommen und dem Sozialen Arbeitsmarkt gibt es nur zwei wesentliche Unterschiede: 1.) Der Soziale Arbeitsmarkt steht nur Langzeitarbeitslosen offen, das solidarische Grundeinkommen dagegen allen erwerbslosen Bezieherinnen und Beziehern von Arbeitslosengeld II; 2.) Die Beschäftigungsverhältnisse im Sozialen Arbeitsmarkt sind befristet, beim solidarischen Grundeinkommen dagegen nicht.

Wir erhoffen uns vom solidarischen Grundeinkommen, dass es das Engagement vieler ehrenamtlicher Kräfte im sozialen Bereich entlasten kann. Im sozialen Bereich ist das Ehrenamt unverzichtbar, aber es kann auch schnell an seine Grenzen stoßen.

Wir finden es gut, dass bei einem solidarischen Grundeinkommen die Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, die im Sozialen Arbeitsmarkt lediglich für die Gruppe der Langzeitarbeitslosen vorgesehen sind, allen Bezieherinnen und Beziehern des Arbeitslosengeldes II offen stehen würden, die ein gefördertes Beschäftigungsverhältnis aufnehmen. Denn im Zeitalter der Digitalisierung ist lebenslanges Lernen erforderlich.

Wir fordern:

- Wir begrüßen zwar, dass die neue Bundesregierung den Sozialen Arbeitsmarkt mit vier Milliarden Euro fördern will. Aber dadurch sollen jedoch nur öffentlich geförderte Stellen für bis zu 150.000 Langzeitarbeitslose entstehen. Wir fordern,

42 einen deutlich größeren Sozialen Arbeitsmarkt zu schaffen, damit es vielen
43 Bezieherinnen und Beziehern des Arbeitslosengeldes II offensteht, eine öffentlich
44 geförderte Beschäftigung auszuüben.

- 45 • Nach den gestarteten Modellprojekten zum Sozialen Arbeitsmarkt (unter anderem
46 in Duisburg) fordern wir die neue nordrhein-westfälische Landesregierung dazu
47 auf, einen flächendeckenden und dauerhaften Sozialen Arbeitsmarkt in Nordrhein-
48 Westfalen einzurichten.

49
50
51

52 Angenommen:
53 Abgelehnt:
54 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	A 5
ANTRAGSTELLER	AG 60plus
ADRESSAT	SPD AG 60 plus Landesvorstand - SPD AG 60 plus Bundesvorstand, SPD Bundesvorstand - SPD Bundestagsfraktion; Bärbel, Bas MdB, Mahmut Özdemir MdB
BETREFF	Rentenpolitik

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2

3 Wir fordern die SPD auf, ein eigenständiges Rentenkonzept zu erarbeiten, das die gesetzliche
4 Rente stabilisiert und Altersarmut verhindert.

5

6 Hierzu bedarf es:

- 7 - der Stärkung der gesetzlichen umlagefinanzierten Rente
- 8 - der Anhebung des Rentenniveaus auf mind. 50%
- 9 - der Wiedereinführung der Rentenversicherung für Langzeitarbeitslose
- 10 - der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze
- 11 - der Finanzierung der Mütterrente aus Steuermitteln
12 (Grundsätzlich müssen gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie z. B. die Angleichung der
13 Ost- und Westrenten über Steuern finanziert werden.)
- 14 - der Einführung einer Mindestrente von 1.000 € (durch Berechnung geringer Renten nach
15 Mindesteinkommen und zusätzlicher steuerlicher Bezuschussung)
- 16 - der Beendigung der Riesterförderung, (bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge).
- 17 - keiner weiteren Förderung von privater oder betrieblicher kapitalgedeckter Altersvorsorge.
- 18 - der Einführung einer Beschäftigtenversicherung in die alle einzahlen.

19

20 Begründung:

21 Die in dem Koalitionspapier vereinbarten Regelungen zur Rente reichen bei weitem nicht aus, um
22 langfristig allen Rentnerinnen und Rentnern einen armutsfesten Lebensabend zu ermöglichen.
23 Wir befürchten, dass die vorgesehene Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“
24 weiterhin auf kapitalgedeckte Altersvorsorgemodelle setzt. Wir halten diesen Weg für falsch und
25 fordern eine Stärkung der gesetzlichen umlagefinanzierten Rente.

26

27 Wie erwarten daher:

- 28 • Von der SPD die Einrichtung einer eigenen Kommission zur Erarbeitung eines
29 Rentenkonzeptes, das drohende Altersarmut verhindert. Hierbei muss Rentensicherheit
30 Vorrang vor Beitragsstabilität haben. Vorhandene Steuermittel müssen in die gesetzliche
31 Rente fließen und nicht in kapitalgedeckte Altersvorsorgemodelle, die den Unsicherheiten
32 des Kapitalmarktes ausgesetzt sind.

33

34

35

36 Angenommen:

37 Abgelehnt:

38 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	A 6
ANTRAGSTELLER	AsF
ADRESSAT	SPD Ratsfraktion
BETREFF	Frauenpolitik als eigenes Themenfeld

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Der UB Parteitag möge beschließen:

Im Rahmen der Erneuerung der SPD vor Ort ist es dringend geboten, der Frauenpolitik ein größeres Gewicht zu verleihen.

Das Thema "Frauen und Gleichstellung" muss im nächsten Kommunalwahlprogramm 2020 - 2025 in einem eigenen Kapitel behandelt werden.

Begründung:

Seit vielen Jahren stagniert die Zahl der weiblichen SPD - Mitglieder. Obwohl wir seit Jahrzehnten eine Geschlechterquote haben und es immer wieder gute Vorsätze gab, Frauen für die SPD zu gewinnen und Frauen besonders zu fördern, hat sich an diesem Umstand nichts verändert. Immer noch fällt es vielen Ortsvereinen, Unterbezirken und anderen Gliederungen schwer, Frauen für Vorstandsposten oder Kommunalpolitik zu gewinnen.

Trotz der Geschlechterquote schöpft die SPD auch in Duisburg ihr WählerInnenpotential nicht mehr aus. Offensichtlich reichen diese Instrumente allein nicht aus. Um das zu ändern, müssen wir auch Zukunftsthemen besetzen, die die Lebenswirklichkeit von Frauen in Duisburg abbilden und Lösungswege aufzeigen.

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	A 7
ANTRAGSTELLER	Bezirksverband Rheinhausen
ADRESSAT	SPD Europa-Abgeordnete, SPD Bundestagsfraktion, SPD Bundespartei
BETREFF	Sicherheitseinrichtungen zur Vermeidung des Toten Winkels bei LKWs

1
2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

3
4 Dass im Rahmen der EU-Verordnung Nr. 661/2009 des Europäischen Parlaments und
5 des -Rates vom 13. Juli 2009 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich
6 ihrer allgemeinen Sicherheit folgende Änderungen zu beschließen sind:

- 7 1. dass die Neuzulassung von Nutzfahrzeugen ab 3,5 Tonnen nur dann erfolgt, wenn
8 die direkte Sicht auf Fußgänger und Radfahrer im Bereich des toten Winkels
9 gewährleistet ist.
- 10 2. dass bei Neufahrzeugen der Fahrzeugklassen N2 (3,5 Tonnen bis zu 12 Tonnen)
11 und N3 (mehr als 12 Tonnen) nicht abschaltbare Abbiegeassistenzsysteme
12 vorgeschrieben sind.
- 13 3. dass Bestandsfahrzeuge der Fahrzeugklassen N2 und N3 innerhalb bestimmter
14 Fristen mit Abbiegeassistenzsystemen nachgerüstet werden müssen
- 15 4. dass bis zur Neufassung der EU-Verordnung schnellstmöglich die Spiegelstriche
16 1-3 in nationales Recht umgesetzt werden

17 Begründung:

18 Besonders im innerörtlichen Bereich ist die Gefahr von Fußgängern und Radfahrern
19 hoch, von LKW Fahrern beim Abbiegen übersehen zu werden. Im schlimmsten Fall
20 werden hierbei Personen verletzt, manche büßen auch ihr Leben ein.

21 Durch den Einbau von Abbiegeassistenzsystemen könnten die Unfälle, die durch den
22 toten Winkel verursacht werden, minimiert werden.

23
24
25
26
27
28
29
30
31

32 Angenommen:
33 Abgelehnt:
34 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	A 8
ANTRAGSTELLER	Bezirksverband Rheinhausen
ADRESSAT	SPD Europa-Abgeordnete, SPD Bundestagsfraktion, SPD Bundespartei
BETREFF	Brandhemmende Innenausbauten für Autobusse

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Dass die europäische und nationale Typzulassung von Autobussen, die in der RICHTLINIE 2001/85/EG geregelt ist, davon abhängig ist, dass der Innenausbau zumindest mit der gleichen Brandsicherheitsklasse ausgestattet wird, wie er bei der Bahn üblich ist. Zusätzlich wird eine Brandfrüherkennung durch automatische Brandmeldeanlagen für den Motorraum sowie in Teilen für den Innenraum gefordert.

Begründung:

Bei Unfällen mit Beteiligung von Autobussen ist das Ausmaß der Personen- und Materialschäden häufig durch das Ausbrennen des Autobusses stark erhöht. Die Brandausbreitung (Übergang auf andere Baugruppen, brennendes Abtropfen) erfordert neue Kriterien, die bei der Zulassung der Werkstoffe berücksichtigt werden müssen. Zu beachten sind auch die Toxizität, die beim Verbrennen oder bei der thermischen Belastung der Werkstoffe auftreten können, sowie die entstehenden Rauchgase. **Bis heute gibt es für den Reisebussektor nur unzureichende Vorschriften!**

Durch einen brandhemmenden Innenausbau, wie er bei der Bahn Standard ist, könnte Leben gerettet und die Schadenssummen begrenzt werden.

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	A 9
ANTRAGSTELLER	OV Rumeln-Kaldenhausen
ADRESSAT	UB Vorstand
BETREFF	200. Geburtstag Karl Marx

1
2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
3
4 Die Duisburger SPD führt eine Veranstaltungsreihe zum 200. Geburtstag Karl Marx' im
5 Jahr 2018 durch.
6 Denkbar sind Veranstaltungen zur heutigen Bedeutung der Thesen Marx' und welche
7 Rolle sie noch heute für die Sozialdemokratie und die Kapitalismuskritik spielen.
8 Besonders die Denkansätze zum Historischen- (Histomat) und dem Dialektischen-
9 Materialismus (Diamat) für die heutige sozialdemokratische Politik sollen dabei
10 beleuchtet werden.
11 Weiter ist eine Bildungsreise zum Geburtshaus Marx' nach Trier denkbar.

Begründung:

12
13
14 Wer ist der Mann mit dem Bart und welche Bedeutung haben er und seine These noch
15 heute für die Sozialdemokratie? Dieser und anderer Fragen soll während der
16 Veranstaltungsreihen nachgegangen werden.
17 Karl Marx gilt als einer der Ersten, die den demokratischen Sozialismus in seiner Theorie
18 beschrieben und ausformuliert haben. Nicht nur August Bebel und Wilhelm Liebknecht,
19 zwei Gründerväter der Sozialdemokratie, waren überzeugte Anhänger der Marxschen
20 Theorien, sondern auch unser aktuelles Grundsatzprogramm formuliert weiterhin den
21 demokratischen Sozialismus als zu erreichendes Ziel.
22 Im Jahr 2018 jährt sich der Geburtstag Karl Marx' zum 200. Male. Wenn die Thesen
23 seines Werkes heute von manchen widerlegt scheinen, sind sie für andere wichtiger als
24 je zuvor. Marx' Einfluss auf die Sozialdemokratie ist ungebrochen, wenn auch für
25 manche nicht ständig präsent. Daher ist eine Auseinandersetzung mit seinen Thesen
26 nach wie vor wichtig.
27 Gerade vor dem Hintergrund, dass Andrea Nahles und Martin Schulz eine neue Kritik am
28 kapitalistischen System fordern, ist es hilfreich, sich mit dem Urvater einer umfassenden
29 Kritik am Kapitalismus zu befassen. Diese in die heutige Zeit zu setzen und eigene
30 Antworten auf die Systemkrise zu finden.

31
32
33
34
35
36
37
38
39 Angenommen:
40 Abgelehnt:
41 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	A10
ANTRAGSTELLER	OV Rumeln-Kaldenhausen
ADRESSAT	UB Vorstand
BETREFF	Solidarische Quelloffene Software unterstützen

1
2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
3
4
5 In der Geschäftsstelle und den Wahlkreisbüros soll nach Möglichkeit Software eingesetzt
6 werden, die grundsätzlich quelloffen und kostenfrei ist.
7 Eine entsprechende Arbeitsgruppe, die vom UB-Vorstand eingesetzt wird, soll bis Ende
8 2018 verbindlich entscheiden, in welcher Form und in welchem Zeitraum die
9 vorhandenen Programme auf quelloffene Versionen umzustellen sind.

10
11 Begründung:

12 Unabhängig von der technischen und finanziellen Ausstattung sollte es allen möglich
13 sein, gute Software zu benutzen. Die SPD-Duisburg soll diesen Schritt
14 öffentlichkeitswirksam unternehmen und damit auch für eine offene Gesellschaft im
15 neuen Jahrtausend stehen.

16 Für alle relevanten Bereiche (z.B. Kalender, eMail, Dokumentenbearbeitung) steht
17 Software bereit, die einsatzfähig und erprobt ist. Wir als Sozialdemokraten sollten
18 Programme, die allen unentgeltlich zur Verfügung stehen (quelloffen, bzw. „Open
19 Source“) unterstützen und die Abhängigkeit von einzelnen Softwarefirmen verringern. So
20 wird das „LibreOffice“-Paket beispielsweise in der Stadtverwaltung von Barcelona
21 flächendeckend und bei der italienischen Militärverwaltung auf 150.000 PC genutzt. Der
22 „Open-Xchange-Server“ lässt sich als Kalender-, Dokumentenverwaltung- und
23 Maillösung für Millionen von Nutzern einsetzen.

24 Vorteil dieser Software-Pakete ist es, dass diese auch auf die eigenen Bedürfnisse
25 angepasst werden können, ohne das laufende Lizenzkosten entstehen. Die frei
26 werdenden Mittel für den bisherigen Kauf bzw. Lizenz könne beispielsweise für die
27 Entlastung der EDV-Technik eingesetzt werden, indem sich etablierte Firmen um die
28 Anpassungen und Unterstützung kümmern.

29 „Open Source“ steht für sogenannte quelloffene Programme, die allen kostenfrei zur
30 Verfügung stehen. Ursprünglich entstanden in den 1990er-Jahren im universitären
31 Umfeld, wird diese Art von Software beispielsweise in Mobiltelefonen (z.B. Android) bis
32 zu den größten Rechenzentren genutzt.

33
34
35
36
37
38 Angenommen:
39 Abgelehnt:
40 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	A11
ANTRAGSTELLER	OV Homberg, Röttgersbach
ADRESSAT	UB Vorstand, Bundestagsfraktion
BETREFF	Abarbeitung des Koalitionsvertrages 2017-2021 und kontinuierliche Vertretung von Parteipositionen und nicht der Koalitionsposition

1
2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

3
4
5
6 Der Unterbezirksvorstand stellt in geeigneter Weise sicher (etwa durch eine
7 Arbeitsgruppe oder halbjährliche Befassung und Bericht im UBA durch die Duisburger
8 Bundestagsabgeordneten), dass die Abarbeitung des Vertrages der Großen Koalition in
9 Berlin in der 19. Wahlperiode inhaltlich begleitet und überprüft wird.

10
11 Besonders berücksichtigt werden sollen dabei die Themen, die für die Stadt Duisburg
12 und die Menschen in Duisburg von Bedeutung sein werden (keine Belastung des
13 städtischen Haushaltes durch Bundesgesetze, Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarktes
14 zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, Rückkehr zur Finanzierung von
15 Sozialbeiträgen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen, die Förderung
16 des öffentlichen bezahlbaren Wohnungsbaus und die Förderung der Gleichstellung von
17 Frau und Mann vor u.a. bei der Bezahlung im Arbeitsleben).

18
19 Jährlich wird ein Bericht über alle Vorhaben die im Vertrag vereinbart sind und deren
20 Umsetzungsstand dem Unterbezirksparteitag als Tischvorlage vorgelegt und zur Debatte
21 gestellt, wenn es dazu Redebeiträge gibt.

22
23 Bei der Abarbeitung des Koalitionsvertrages möge die Kommunikation stärker als bisher
24 immer aus zwei Teilen bestehen: Erstens aus der Darstellung des Erfolgs der SPD
25 („Das haben wir in der Koalition erreicht) in der Koalition und zweitens aus der Position
26 „SPD pur“ („Unser Ziel als SPD ist“).

28 **Begründung**

29 Das deutsche Verhältniswahlrecht zwingt Parteien - in der Regel - dazu, Koalitionen und
30 damit Kompromisse eingehen zu müssen. Das gilt noch einmal besonders für den
31 kleineren Koalitionspartner und für große Koalitionen im Besonderen, weil die
32 Gemeinsamkeiten hier normalerweise geringer ausgeprägt sind als in Koalitionen links
33 von der Mitte.

34 Der Antrag bezüglich des Kommunikationsteils klingt so selbstverständlich, dass es
35 scheint, als ob man ihn eigentlich gar nicht zu stellen bräuchte. Tatsächlich wurde dieses

36 Prinzip aber in der Vergangenheit nicht befolgt. Mögliche Gründe dafür kann man immer
37 wieder in der Presse lesen. Mal wird argumentiert, dass man nicht gleichzeitig Regierung
38 und Opposition sein kann. Aber da haben die Journalisten wohl die Logik von Koalitionen
39 nicht verstanden. Mal wird argumentiert, dass sich die SPD mehr auf ihre Erfolge
40 konzentrieren soll, als auf ihre Misserfolge. Aber SPD-Politik war immer durch das
41 Spannungsverhältnis zwischen Verantwortung für Alltagspolitik und dem Verfolgen
42 großer zukunftsorientierter Ziele geprägt.

43 Das Hauptproblem ist vermutlich, dass die Deutschen keinen Streit in Parteien und erst
44 Recht nicht innerhalb von Regierungen mögen. Grundsätzlich wichtiger ist aber für
45 unsere Demokratie und unsere Partei, dass die Wähler die Positionen der Parteien
46 auseinander halten können.

47 Die SPD muss in ihrer Position klarer und deutlicher werden. Den sozialen Aufstieg
48 garantieren wir, aber wir müssen auf die Abstiegsängste der Menschen eingehen. Der
49 Wohlstand der von den Menschen verdient und erdient wird muss auch sichtbar werden
50 durch intakte Straßen, Schulen und öffentliche Verwaltung. Und nicht zuletzt durch einen
51 funktionstüchtigen Rechtsstaat der nicht gegenüber Zuwanderungsproblemen und
52 Kriminalität verharmlosend auftritt und ohnmächtig wirkt, sondern durch eine klare
53 Sprache und deutlichem Handeln auftritt. Der Eindruck, dass Menschen die eine Lücke
54 im System fanden besser behandelt werden, als der/die rechtstreue Staatsbürger/in legt
55 die Axt an unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

56

57

58

59

60

61 Angenommen:

62 Abgelehnt:

63 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	A12
ANTRAGSTELLER	AG 60plus
ADRESSAT	UB Parteitag
BETREFF	Erneuerung der Partei programmatisch und organisatorisch

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
2

3 Die SPD UB Duisburg unterstützt die programmatische und organisatorische Erneuerung
4 der SPD auf allen Ebenen. Hierbei muss klar herausgearbeitet werden, wofür die Partei
5 steht, welche Ziele sie verfolgt und mit welchen Mitteln sie gedenkt, ihre Ziele zu
6 erreichen. Verlorenes Vertrauen muss zurückgewonnen werden. Soziale
7 Abstiegsängste in der Bevölkerung müssen erkannt und beseitigt werden.
8 Der innerparteilichen Diskussion muss dabei ein neuer Stellenwert eingeräumt werden.
9 Veränderungsprozesse sind auf allen Ebenen zur Diskussion zu stellen und erst nach
10 möglichst breiter Beteiligung der Mitglieder umzusetzen.

11
12 Bei den programmatischen Zielsetzungen muss die soziale Gerechtigkeit wieder in den
13 Mittelpunkt
14 gerückt werden. Hierzu gehören insbesondere:

15
16 Eine gerechte Reichtums-Verteilung. Große Vermögen und Einkommen müssen stärker
17 an der Finanzierung des Staates beteiligt werden.

18
19 Der Abbau von Kinderarmut

20
21 Eine Rentenpolitik, die Altersarmut verhindert und die gesetzliche umlagefinanzierte
22 Rente stärkt.

23
24 Eine kostenfreie Bildungspolitik, von der Kita bis zur Hochschule, die gut ausgestattete
25 Einrichtungen und ausreichende Lehrkräfte bietet.

26
27 Eine Gesundheits- und Pflegepolitik mit ausreichendem Pflegepersonal und festem
28 Personalschlüssel.

29
30 Eine Arbeitslosenpolitik, die das ALG II abschafft und zur Arbeitslosenhilfe mit
31 Beitragszahlungen an die Rentenversicherung zurückkehrt

32
33 Eine Wohnungspolitik, die ausreichend bezahlbaren Wohnraum für alle Bürgerinnen und
34 Bürger
35 gewährleistet.

36
37 Eine Sicherheitspolitik, die ausreichende Polizeikräfte bereithält und für schnellere
38 Verurteilung von Straftätern sorgt.

39
40 Eine Zukunftspolitik, die Entwicklungen im digitalen Zeitalter aufgreift und so steuert,
41 dass keine Gefährdungen für Bürgerinnen und Bürger eintreten.

42 Hierzu muss die SPD im Rahmen des Erneuerungsprozesses eigene Lösungen
43 präsentieren und mit einem guten, zukunftsweisenden und sozial gerechten Programm
44 das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zurückgewinnen.

45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90

91 Angenommen:
92 Abgelehnt:
93 Überwiesen an:

SPD Duisburg

ANTRAG	K 1
ANTRAGSTELLER	OV Ruhrort
ADRESSAT	SPD Ratsfraktion
BETREFF	Aufbau eines stadtweiten Verleihsystems für E-Bikes/Pedelecs

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die Ratsfraktion der SPD aufzufordern, sich für den Aufbau eines stadtweiten Verleihsystems für E-Bikes/Pedelecs einzusetzen. Hierzu sollte das Gespräch mit dem Betreiber des bestehenden Leihradsystems (nextbike GmbH) und der Stadt Oberhausen, die ebenfalls ein solches System einführen will, gesucht werden.

Begründung:

Radfahren stellt eine sowohl gesundheitlich, wie auch verkehrlich günstige Lösung zur teilweisen Bewältigung der Verkehrsproblematik in Duisburg dar. Entsprechend ist es von großer Wichtigkeit, diese Alternative einem möglichst großen Personenkreis zur Verfügung zu stellen; insbesondere auch solchen Menschen, die aus körperlichen Gründen mit einem normalen Fahrrad überfordert sind. Die SPD Ruhrort ist der festen Überzeugung, dass ein solches Angebot die Attraktivität des Leihradsystems noch einmal deutlich steigern würde und so einen wichtigen Beitrag zur Entspannung der Verkehrssituation leisten kann.

Unsere Nachbarstadt Oberhausen verfolgt dieses Ziel bereits, so dass eine Kooperation oder zumindest ein Erfahrungsaustausch sinnvoll scheint.

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	K 2
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	SPD-Ratsfraktion
BETREFF	Keine Ausnahmen vom Verkaufsverbot an Sonn-, und Feiertagen

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2
3 Die SPD Duisburg zeigt sich solidarisch mit ihren gewerkschaftlichen Bündnispartner*innen und
4 betroffenen Arbeitnehmer*innen, und sieht Ausnahmen von der gesetzlich festgeschriebenen
5 allgemeinen Ladenöffnungszeiten kritisch.

6 Von der schwarz-gelben Landesregierung NRW angeregte Änderungen des
7 Ladenöffnungsgesetz (NÖG NRW), die zur Aufweichung dieses Gesetzes führen, lehnt die SPD
8 Duisburg entschieden ab.

9 Der Rat der Stadt Duisburg sollte von der Genehmigung zur Nutzung der

10 §6 Fn3 („Weitere Verkaufssonntage und –feiertage“), sowie

11 §10 Ladenöffnungsgesetz („Ausnahmen im öffentlichen Interesse“)

12 grundsätzlich absehen.

13 Erwerbsarbeit an Sonn-, und Feiertagen muss absolute Ausnahme bleiben.

14
15 **Begründung:**
16 Der besonders in den beiden vergangenen Jahrzehnten aufkommende Druck im Erwerbsleben
17 ist nicht zuletzt auf neoliberale Reformen und fehlende Antworten auf den digitalen Kapitalismus
18 zurückzuführen. Was Marktfetischist*innen heuchlerisch „Entfesselung des Marktes“ nennen, ist
19 nicht anderes als dumpfe Privat-vor-Staat-Ideologie, festlich eingepackt in neue Worthülsen. Da
20 wo die Theorie beginnt zu scheitern, wird sie durch nie erwiesene und an den Haaren herbei
21 gezogene Ausreden alá Trickle-Down ergänzt. Verkaufsoffene Sonntage würden ja schließlich
22 auch den Arbeitnehmer*innen zu gute kommen.

23 Wenn diese Angestellten ihren verlorenen freien Tag noch selbst verteidigen, wird das

24

25

§10 Ladenöffnungsgesetz („Ausnahmen im öffentlichen Interesse“)

In Einzelfällen von herausragender Bedeutung kann die zuständige oberste Landesbehörde oder die durch Rechtsverordnung ermächtigte zuständige Behörde befristete Ausnahmen von den Vorschriften dieses Gesetzes bewilligen, wenn die Ausnahmen im öffentlichen Interesse liegen.

§6 Fn3 („Weitere Verkaufssonntage und –feiertage“)

(1) An jährlich höchstens 4 Sonn- oder Feiertagen dürfen Verkaufsstellen aus Anlass von örtlichen Festen, Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen bis zur Dauer von fünf Stunden geöffnet sein.

[...]

(4) Die zuständige örtliche Ordnungsbehörde wird ermächtigt, die Tage nach Absatz 1 und 2 durch Verordnungen freizugeben. Die Freigabe kann sich auf bestimmte Bezirke, Ortsteile und Handelszweige beschränken. Innerhalb einer Gemeinde dürfen nach Absatz 1 insgesamt nicht mehr als elf Sonn- und Feiertage je Kalenderjahr freigegeben werden. Erfolgt eine Freigabe nach Absatz 1 für das gesamte Gemeindegebiet, darf dabei nur ein Adventssonntag freigegeben werden. Erfolgt die Freigabe nach Absatz 1 beschränkt auf bestimmte Bezirke, Ortsteile und Handelszweige, darf nur ein Adventssonntag je Bezirk, Ortsteil und Handelszweig freigegeben werden, insgesamt dürfen jedoch nicht mehr als zwei Adventssonntage je Gemeinde freigegeben werden. Bei der Festsetzung der Öffnungszeiten ist auf die Zeit des Hauptgottesdienstes Rücksicht zu nehmen. Vor Erlass der Rechtsverordnung zur Freigabe der Tage nach Absatz 1 sind die zuständigen Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände und Kirchen, die jeweilige Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer anzuhören.

(5) Von der Freigabe der Tage nach Absatz 1 und 4 sind ausgenommen:

1. die stillen Feiertage im Sinne des Feiertagsgesetzes NW,
2. Ostersonntag,
3. Pfingstsonntag,
4. zwei Adventssonntage,
5. der 1. und 2. Weihnachtstag und
6. der 1. Mai, der 3. Oktober und der 24. Dezember, wenn dieser Tag auf einen Sonntag fällt.

38 Stockholm-Syndrom offenkundig; Scheinbar freiwilliges Erscheinen wird mit „Identifikation mit
39 dem Unternehmen“ begründet, folgt jedoch eigentlich aus insgesamt zu geringem Arbeitslohn.
40 Betroffene Arbeiter*innen, vor allem im Dienstleistungsgewerbe vorzufindende Arbeiterinnen in
41 Teilzeit und unwürdigem Tarif sind schlicht auf jeden verdienten Cent pro Stunde angewiesen.
42 Sozialdemokratische Antwort beginnt nicht mit stärkerer Fesselung derer, die den Unternehmen
43 erst ihren Profit verschaffen. Verkaufsoffene Sonn-, und Feiertage lassen sich nicht durch
44 Konkurrenz außerhalb der Stadtgrenzen oder im Internet, sondern erst dann rechtfertigen, wenn
45 Arbeitnehmer*innen eine wirkliche Wahl haben.
46 Bei Findung und Gestaltung sozialer Antworten darf dem System nur genau das erhalten bleiben,
47 was es zu erhalten gilt; Schutz des Proletariats vor der Barbarei gehört dazu.

48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	K 3
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	UB Parteitag
BETREFF	Hilfe für Alkoholikerkrankte

1 Die SPD Duisburg setzt sich dafür ein, dass die Stadt Duisburg verstärkt Wege
2 bereitstellt von Alkoholsucht betroffenen Menschen zu helfen und diese in das Stadtbild
3 einzugliedern. Dies schließt die Würdigung der Arbeit karitativer
4 Anlaufstellenausdrücklich auch finanzieller Art ein.

5 Darüber hinaus bekennt sich die SPD Duisburg zu dem Grundsatz:
6 „Die Stadt gehört allen!“
7

8 Begründung:

9 Erstmals erkannte der schwedische Arzt Magnus Huss 1849 den Bedarf zur Hilfe der
10 Menschen, die süchtig nach Alkohol sind.

11 1951 bezeichnete auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Alkoholismus erstmals
12 als Krankheit. In Deutschland sterben nach Schätzung der Deutschen Hauptstelle für
13 Suchtfragen e. V. jährlich mindestens 76.000 Menschen an Folgen übermäßigem
14 Alkoholkonsums. Demnach waren alleine im Jahre 2015 über 238.000 Menschen
15 deswegen in Behandlung in Krankenhäusern.¹

16 Erkrankte benötigen also offensichtlich besondere Zuwendung und ausdrücklich keine
17 strukturelle oder gesellschaftliche Repression und/oder Ausgrenzung.

18 In Duisburg setzen sich unter anderem der eingetragene Verein „Gemeinsam gegen
19 Kälte“ und das Diakoniewerk Duisburg für Einbindung hilfsbedürftiger Menschen und
20 gesellschaftliche Akzeptanz der Krankheit als eben diese ein.

21 Auch Lösungsansätze werden explizit formuliert:

22
23 „[...] Menschen, die suchterkrankt sind, sich im chronifizierten Stadium befinden und in
24 erster Linie unsere Hilfe brauchen. Dazu gehört die Prävention, dazu gehört die
25 Überlebenshilfe und dazu gehört, wenn es noch möglich ist, auch die Hilfe, aus der Sucht
26 herauszukommen.“

27 -Sieghard Schilling, Geschäftsführer des Diakoniewerkes Duisburg²

28 Eine nicht nur symbolische, sondern auch erhöht finanzielle Unterstützung durch Gelder
29 der Stadt ist somit unvermeidbar. Der sozialdemokratische Grundsatz Solidarität bezieht
30 den Willen zur Umsetzung der Bereitstellung benötigter finanzieller Mittel für Bedürftige
31 ein.

32
33 Die Stadt gehört ihren Bürger*innen;

34 Das impliziert selbstverständlich auch städtischen öffentlichen Raum. Die allgemeine
35 Handlungsfreiheit steht unter dem Grundsatz der freien Entfaltung der Persönlichkeit³.
36 Diese gilt nach Erich Fromm als höchstes Ziel des menschlichen Lebens⁴. Eine

¹<http://www.dhs.de/datenfakten/alkohol.html>

²<http://www.diakonie-duisburg.de/2013-3-00-artikel-komplett-266-alkoholverbot.php>

³ Art. 2 Abs. 1 GG: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt“

⁴Erich Fromm: „Haben oder Sein“ (1973)

37 Einschränkung persönlicher Freiheit durch Verbotskultur kann somit nach dem
38 Subsidiaritätsprinzip nur als ultima ratio möglich sein, andernfalls droht
39 Unverhältnismäßigkeit.

40 Wenn die Stadt eine Verschönerung des öffentlichen Raumes plant, darf das nicht auf
41 Kosten der Einschränkung persönlicher Freiheit gehen.

42
43 Ein Bekenntnis der Duisburger Sozialdemokratie zur Hilfe und gegen jegliche Exklusion
44 ist ein wichtiges Zeichen für den innerstädtischen Zusammenhalt; deswegen wird um
45 Annahme des Antrages gebeten.

46

47

48

49

50

51 Angenommen:

52 Abgelehnt:

53 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	K 4
ANTRAGSTELLER	SPD OV Rumeln-Kaldenhausen
ADRESSAT	SPD Ratsfraktion
BETREFF	„Open Data“

1 Der UB Parteitag möge beschließen:

2
3 Die SPD-Mandatsträger*innen im Rat mögen durch entsprechende Anträge die Verwaltung
4 auffordern:

5
6 Bürger*innen und Firmen sollen grundsätzlich die Daten der Stadt Duisburg im Rahmen einer
7 „Open Data“-Initiative frei zugänglich gemacht werden. Wie beispielsweise die Stadt Moers¹, eine
8 der Modellkommunen für dieses Projekt, sollen Wettbewerbe ausgerichtet werden, die diese
9 Daten möglichst innovativ nutzen und im Idealfall zu neuen Existenzgründungen führen.

10
11 Begründung:

12
13 Der Städte- und Gemeindebund hat sich kürzlich dafür ausgesprochen die kommunalen Daten
14 kommerziell zu vermarkten. Dabei hatte 2014 ebenfalls vom Städte- und Gemeindebund die
15 Vorteile von „Open Data“, also die freie Verfügbarkeit von Daten, herausgestellt².
16 Eine drohende kommerzielle Nutzung der Daten würde, wenn überhaupt, nur entsprechend
17 finanzkräftigen Konzernen helfen.

18
19 Duisburg, als Universitäts- und führender Logistikstandort sollte die ohnehin verfügbaren Daten
20 zum Nutzen aller unentgeltlich Veröffentlichen.
21 So könnten Firmen beispielsweise anhand von kommunalen Baustelleninformationen gezielt
22 Navigationsinformationen für Speditionen aufbereiten und so die ohnehin bereits angespannte
23 Verkehrssituation entlasten.
24 Im Rahmen von Projekten an der Universität könnten weitere innovative Dienste entstehen, die
25 eventuell zu neuen Firmengründungen führen könnten.

26
27 Die Stadt Duisburg sollte nicht anderen Kommunen die Initiative überlassen, sondern möglichst
28 offen und öffentlichkeitswirksam dieses Thema behandeln, welches ohnehin durch die EU-
29 Richtlinie zur „Public Sector Information“³ in den kommenden Jahren umgesetzt werden muss.

30
31 Quellen und weiterführende Informationen:
32 ¹ Offene Daten Moers, <https://www.moers.de/de/rathaus/offene-daten-moers/>
33 ² Open Data in Kommunen, Positionspapier von DStGB, KGSt und Vitako (<https://bit.ly/2AknA1L>)
34 ³ EU-Richtlinie: <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/european-legislation-reuse-public-sector-information>

35
36
37
38
39
40 Angenommen:
41 Abgelehnt:
42 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	O 1
ANTRAGSTELLER	UB Vorstand
ADRESSAT	UB Parteitag
BETREFF	Die SPD Duisburg fit machen für die Zukunft

1 Das Jahr 2017 war ein mehr als nur schwieriges Jahr für die SPD: Schwarz/Gelb regiert
2 in Düsseldorf, bei der Bundestagswahl haben wir das schlechteste Ergebnis in der
3 Geschichte der Bundesrepublik hinnehmen müssen. Analysen zeigen: Diese Ergebnisse
4 waren keine Ausrutscher, sondern bilden den derzeitigen Tiefpunkt einer schon länger
5 andauernden Entwicklung. Auch in Duisburg konnten wir zwar mit der Wiederwahl von
6 Sören Link als Oberbürgermeister einen deutlichen Sieg erringen, die Ergebnisse der
7 anderen Wahlen aber zeigen deutlichen Handlungsbedarf.
8 Wir haben seither viele Diskussionen geführt: Bei unseren Mitgliederkonventen, im
9 Vorstand, bei sechs Bezirkskonferenzen und einer Funktionärskonferenz.. Sie haben klar
10 gezeigt, dass es eine ganze Reihe von Baustellen gibt, die wir abarbeiten müssen -
11 inhaltliche und organisatorische.
12 Die inhaltliche Neuausrichtung muss in erster Linie auf Bundesebene erfolgen, aber die
13 Duisburger SPD muss ihren Beitrag dazu leisten. Dafür haben wir neben den
14 Ortsvereinen unsere Arbeitsgemeinschaften, Themenlabore, Arbeitskreise und
15 Projektgruppen. Diese bilden die Basis unseres Angebotes an die Mitglieder, sich an den
16 politischen Prozessen zu beteiligen. Voraussetzung dafür ist, dass die existierenden
17 Strukturen auch mit Leben gefüllt werden und nicht nur auf dem Papier existieren. Nur
18 regelmäßiges, ergebnisorientiertes Arbeiten ermöglicht echte Beteiligung. Darum muss
19 die derzeitige Struktur überarbeitet werden.
20 Neben diese Formen der Zusammenarbeit muss ein neues Format treten, das nicht auf
21 körperliche Präsenz setzt, sondern Diskussionen und inhaltliches Arbeiten im Internet
22 erlaubt. Hier wollen wir so bald wie möglich auf der Basis einer geeigneten Plattform
23 Mitwirkungsmöglichkeiten schaffen, die es erlauben, gemeinsam Ergebnisse zu
24 erarbeiten
25 Bei den Diskussionen auf Bundes- und Landesebene wollen wir unserer Verantwortung
26 als starker UB gerecht werden und uns mit unseren Positionen einbringen.
27 Hatten die Ortsvereine Ende der 70er Jahre, als unsere Mitgliederzahl über 11.000 lag,
28 noch eine durchschnittliche Mitgliederzahl von über 300, so sind es aktuell nur noch 121.
29 Zusammen mit dem stark gestiegenen Altersdurchschnitt von jetzt 61 Jahren führt dies
30 dazu, dass viele Ortsvereine nicht mehr oder kaum noch in der Lage sind,
31 Ortsvereinsarbeit zu leisten. Die Beteiligungsmöglichkeiten der Mitglieder bleiben auf der
32 Strecke, wenn Ortsvereine ein ganzes Jahr lang keine einzige inhaltliche Veranstaltung
33 auf die Beine stellen können. Das für den Zusammenhalt in der Partei wichtige
34 Parteilieben droht auf der Strecke zu bleiben, eine ordnungsgemäße Kassenführung und
35 die Besetzung wichtiger Positionen mit geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten gelingt
36 nicht mehr überall. Besonders deutlich sind unsere Schwächen in den Wahlkämpfen
37 geworden. Nicht erst im Jahr 2017 mussten wir erkennen, dass unsere ehrenamtliche
38 Struktur nur noch bedingt in der Lage ist, Wahlkampf zu führen. Es gibt weiße Flecken im
39 Stadtgebiet, in denen die zuständigen Ortsvereine nicht mehr in der Lage sind, auch nur
40 die grundlegenden Aufgaben zu erfüllen. Aber auch im digitalen Zeitalter sind Plakate,
41 Infostände und Hausbesuche unverzichtbare Aktivitäten in Wahlkämpfen. Wir wollen

42 daher mit den Ortsvereinen in einen Dialog darüber eintreten, wie die OV-Struktur in
43 Duisburg künftig aussehen soll. Die notwendige Ortsnähe und politische Schlagkraft,
44 gewachsene Strukturen und die Bereitschaft, pragmatisch neue Lösungen zu finden,
45 müssen unter einen Hut gebracht werden. Der UB-Vorstand wird – wie es das
46 Organisationsstatut der SPD vorsieht - seiner Verpflichtung, die Abgrenzung der
47 Ortsvereine nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit vorzunehmen,
48 nachkommen. Dabei wird nicht eine Mindestmitgliederzahl Grundlage sein, sondern die
49 tatsächliche Leistungsfähigkeit. Dieser Prozess soll zum 31.12.2018 abgeschlossen
50 sein.

51
52 Das Problem, Funktionen in den Ortsvereinen zu besetzen, wird auch beim UB-Parteitag
53 deutlich. Viele Ortsvereine haben Schwierigkeiten, die notwendige Anzahl Delegierte und
54 Ersatzdelegierte zu finden. Daraus resultiert der Antrag des Vorstandes, künftig 180
55 Delegierte aus den Ortsvereinen statt bisher 260, sowie 20 statt 30 von der
56 Betriebsgruppenkonferenz gewählte Delegierte vorzusehen.

57 Zur Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten unserer Mitglieder soll in der Satzung
58 verankert werden, dass alle Mitglieder der Duisburger SPD Rederecht beim UB-Parteitag
59 erhalten.

60 Den UB-Ausschuss wollen wir dadurch stärken, dass künftig alle Ortsvereine mit
61 mindestens 150 Mitgliedern zwei Delegierte dorthin entsenden.

62 Im Jahr 2017 haben wir gute Erfahrungen damit gemacht, allen unseren Mitgliedern in
63 Duisburg die Möglichkeit zu geben, sich an Diskussionen zu beteiligen. Wir wollen daher
64 die Mitgliederversammlung als weiteres Beschlussgremium in die Satzung aufnehmen.

65
66 Stärker ran an die Menschen

67 Die SPD Duisburg ist in den derzeitigen wichtigen sozialen Medien, in erster Linie
68 facebook, aber auch Instagram und Twitter schon jetzt präsent. Aber auch auf diesem
69 Feld können und müssen wir noch besser werden. Konkret heißt das:

70 Mit einem hauptamtlichen Mitarbeiter werden die Aktivitäten aller Akteure in der
71 Duisburger SPD koordiniert, Weiterbildungsbedarf ermittelt und realisiert, die Entwicklung
72 des social media-Bereichs beobachtet und Erfahrungen ausgetauscht.

73 Mit Videolivechats, und Q&A (Frage und Antwort)-Videos treten wir auch in der social-
74 media-Welt stärker in den Dialog mit den Menschen

75 So wichtig die Arbeit in den sozialen Medien ist – sie ersetzt nicht den unmittelbaren
76 Kontakt zu den Menschen. Wir müssen wieder näher ran an die Menschen und dorthin
77 gehen, wo sie leben und arbeiten. Sie müssen spüren, dass wir sie und ihre Sorgen und
78 Anliegen ernst nehmen. Dies gelingt nur, wenn alle Mandatsträger, vom OB bis zum BV-
79 Mitglied, unsere Abgeordneten und Ratsmitglieder dabei mitwirken. In einer
80 Arbeitsgruppe wollen wir erarbeiten, welche Themen und welche Formate wir wo
81 einsetzen und einen entsprechenden Etat dafür bereitstellen. Wir werden hier eine
82 Vielzahl von neuen und von bereits erprobten Formaten einsetzen: Vom
83 „Thekengespräch“ über „Auf eine Currywurst...“ bis zu Nachbarschaftstreffen.

84
85
86 .

87
88

89
90 Angenommen:

91 Abgelehnt:

92 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	O 2
ANTRAGSTELLER	OV Althamborn/Obermarxloh, OV Neumühl, OV Rheinhausen-Mitte, AsF
ADRESSAT	UB Vorstand
BETREFF	Einrichtung einer Kommission des UB „Erneuerung und Zukunftsfähigkeit“ zu inhaltlichen Fragen

1

2 **Problem:**

3

4 Die innerparteiliche Diskussion über eine erneute Beteiligung der Sozialdemokraten an
5 einer großen Koalition hat die Mitglieder der SPD aber auch – viele Nichtmitglieder – in
6 außerordentlichem Maße mobilisiert. Hierbei ist keineswegs wie einige Medien
7 behaupten, ein tiefer Riss durch die SPD-Mitgliedschaft gezogen worden, sondern
8 vielmehr ist deutlich geworden, dass alle Mitglieder für die Erneuerung und die
9 Zukunftsfähigkeit der SPD eintreten. Die Einen glauben, dass dieser dafür notwendige
10 Prozess nur oder am besten in der Opposition stattfinden kann, während die Mehrheit
11 der Mitglieder offensichtlich davon ausgeht, dass dieser Prozess auch in der
12 Regierungsverantwortung geleistet werden kann und muss. Es besteht bei allen
13 Mitgliedern kein Zweifel daran, dass der Erneuerungsprozess zeitgleich mit der
14 Aufnahme der Arbeit der neuen Bundesregierung ebenfalls beginnen muss.

15

16 **Antrag:**

17

18 Der Unterbezirksparteitag der SPD möge beschließen:
19 Der SPD-Unterbezirk Duisburg bildet eine Kommission, die sich mit der Erneuerung und
20 der Zukunftsfähigkeit der SPD befasst. Die Kommission besteht aus Mitgliedern des
21 Unterbezirksvorstandes und Mitgliedern der Ortsvereine. Darüber hinaus können Gäste
22 an der Arbeit der Kommission gerne teilnehmen. Die Kommission gibt sich einen
23 thematischen und zeitlichen Arbeitsplan und entscheidet selbst über die Organisation
24 (Verfahrensabläufe, Anhörungen, Gastvorträge, etc.) ihrer Arbeit.

25

26 Zu **den inhaltlichen Themen** gehören auf jedem Fall:

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

- Allgemein verbindliche Werte unserer deutschen Gesellschaft im 21. Jahrhundert.
- Wo stehen die Sozialdemokraten heute im politischen und gesellschaftlichen Spektrum in Deutschland und wo sehen sie ihren Platz in der Zukunft?
- Welche Rolle spielen der Internationalismus und Europa für die europäischen Sozialdemokraten und die europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten?
- Was versteht die SPD unter sozialer Gerechtigkeit außerhalb der aktuellen Regierungstätigkeit? Was gedenkt die SPD zu tun gegen die schreiende Ungerechtigkeit in der Vermögens- und Einkommensverteilung in unserer Gesellschaft und wie will sie mit der allgegenwärtigen Kostendrückerei und damit einhergehender sozialer Ausbeutung von Menschen umgehen?
- Welche Vorstellungen hat die SPD zur Verhinderung von Altersarmut der heutigen und künftigen Generationen? Wie kann diesen Generationen ein Alter in Würde

- 39 gesichert werden? Wie will die SPD überhaupt in Zukunft Armut in der
40 Gesellschaft verhindern?
41
- 42 - Wie beurteilt die SPD die sozialen Folgen einer immer stärkeren Digitalisierung der
43 Gesellschaft? Welche Vorstellungen hat die SPD hinsichtlich einer Verrohung und
44 Tendenz zum gesetzwidrigen Verhalten in sozialen Netzwerken? Wie kann die
45 SPD deutlich machen, dass nicht alles, was technisch möglich ist, auch
46 gesellschaftlich sinnvoll ist oder sogar die Werte der Gesellschaft zerstört? Mit
47 welchen Maßnahmen will die SPD dem massenhaften Verlust von Arbeitsplätzen
48 durch die Digitalisierung entgegenwirken? (Bedingungsloses oder bedingtes
49 Grundeinkommen?)
 - 50 - Welche Vorstellungen hat die SPD zur Sicherung einer friedfertigen und sozial
51 gesicherten Zukunft unserer Jugend und künftiger Generationen?
 - 52 - Welche Vorstellungen hat die SPD zur Verhinderung von Altersarmut der heutigen
53 und künftigen Generationen? Wie kann diesen Generationen ein Alter in Würde
54 gesichert werden?
 - 55 - Wie gedenkt die SPD die großen Defizite im Bereich der inneren Sicherheit,
56 gemeint ist hier die banale Alltags-, Banden- und sonstige Kriminalität vor allem in
57 Städten und Stadtteilen mit großen sozialen Problemen zu beseitigen und für die
58 Zukunft zu verhindern?
 - 59 - Mit welchen Maßnahmen will die SPD Integrationsdefizite beseitigen?
 - 60 - Wie steht die SPD zum grundgesetzlich garantierten Asylrecht?
 - 61 - Welche Vorstellungen hat die SPD von einem säkularen Staat und wie will sie
62 diesen garantieren?
 - 63 - Welche Vorstellungen hat die SPD zum Bildungssystem der Zukunft und wie will
64 sie Bildungsgerechtigkeit für alle Bevölkerungsschichten garantieren?
 - 65 - Hat die SPD Vorstellungen für eine künftige Justizreform? (Mammutprozesse mit
66 einer Vielzahl von Nebenklägern, Befangenheitsanträgen, Verfahrenstricksereien
67 und enormen Kosten)
 - 68 - Wie stellt sich die SPD Lebensformen (Wohnungen, Wohngemeinschaften,
69 Mehrgenerationen-Häuser, Ehe, Partnerschaften) in unserer künftigen
70 Gesellschaft vor?
 - 71 - Welche Vorstellungen hat die SPD zur Verhinderung der Klimakatastrophe und
72 künftiger Umwelt- und Naturkatastrophen?

73
74 **Begründung:**
75 Wie bereits in der Problembeschreibung dargestellt, muss jetzt mit der Arbeit begonnen
76 werden. Die Fragestellungen können und müssen durch die zu bildende Kommission
77 noch ergänzt werden. Aus einem Teil der Fragen können bereits für künftige
78 Regierungsprogramme der SPD Antworten und Programmaussagen abgeleitet werden.
79 Wichtig ist allerdings, dass aus anderen Fragen und Themen ein erkennbares und
80 erneuertes Profil der SPD gebildet wird.

81
82
83
84 Angenommen:
85 Abgelehnt:
86 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	O 3
ANTRAGSTELLER	OV Rumeln-Kaldenhausen
ADRESSAT	UB Vorstand
BETREFF	Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Strategieentwicklung gegen die AfD

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2
3 Der Unterbezirksvorstand der Duisburger SPD wird aufgefordert, eine neue
4 Arbeitsgruppe mit folgenden Arbeitsaufträgen einzurichten:

- 5
6 1. Analyse des Wahlergebnisses der AfD in Duisburg und den einzelnen Stadtteilen
7 2. Entwicklung einer stadtweiten Kampagne gegen die AfD (ähnlich der Kampagne
8 „Meine Stimme für die Vernunft“) im Vorfeld der Kommunalwahlen in Duisburg
9 3. Entwicklung einer Wahlkampfstrategie im Kommunalwahlkampf gegen die AfD

- 10
11 **Zusammensetzung und Ergebnispräsentation der Arbeitsgruppe:**
12 1. Der Arbeitsgruppe sollten neben selbst zu bestimmenden Vertreter*innen des UB-
13 Vorstandes je ein Mitglied aus den Ortsvereinen und den Arbeitsgemeinschaften
14 angehören
15 2. Zu den Treffen der Arbeitsgruppe soll parteiöffentlich eingeladen werden
16 3. Bei Bedarf sollen Expert*innen hinzugezogen werden
17 4. Erste Ergebnisse sollen auf dem nächsten UB-Parteitag präsentiert werden

18
19 Begründung:
20 Bei dem Gesamtergebnis der Erst- und Zweitstimmen in Duisburg wurde die AfD
21 drittstärkste Kraft. Diese Ergebnisse alleine wären Grund genug, etwas gegen die
22 Rechtspopulisten in Duisburg zu unternehmen. Wird ein genauerer Blick auf die
23 Ergebnisse der AfD in den einzelnen Kommunalwahlbezirken geworfen, können wir von
24 einem ernstem Problem in Duisburg sprechen: Mit rund 17 Prozent schnitt die AfD in
25 Hamborn und Meiderich/Beeck bei den Zweitstimmen am stärksten ab. Trauriger
26 Spitzenreiter ist der Kommunalwahlbezirk Neumühl mit rund 22 Prozent bei den
27 Erststimmen und 21 Prozent bei den Zweitstimmen. Neudorf-Nord hat mit rund 7 Prozent
28 den geringsten Anteil an AfD-Wähler*innen.
29 Die AfD ist keineswegs ein neues Phänomen, mit dem wir die nächsten Jahre leben
30 müssen. Die AfD lässt sich bekämpfen und zur politischen Unbedeutsamkeit
31 degradieren. Dies muss das Ziel der Sozialdemokratie in Duisburg sein.

32
33
34
35
36
37 Angenommen:
38 Abgelehnt:
39 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	O 4
ANTRAGSTELLER	OV Rumeln-Kaldenhausen, Bezirksverband Rheinhausen/Rumeln-Kaldenhausen
ADRESSAT	UB Vorstand
BETREFF	Einrichtung einer Strukturkommission

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die Einrichtung einer Strukturkommission in der Duisburger SPD.

Diese Strukturkommission sollte sich u. a. mit folgenden Themen auseinandersetzen:

1. Organisation, Anspruch und Zusammensetzung der Parteitage des Unterbezirks
2. Organisation und Anspruch an Sitzungen des Unterbezirksausschusses
3. Organisation und Anspruch an die Arbeitsgruppen des Unterbezirks
4. Anträge und Satzungsänderungen
5. Begrenzung von Wahlperioden

Zusammensetzung der Kommission:

Die Vertreter der Kommission sollten vom UBA bestimmt werden.

Die Kommission sollte 15 Mitglieder haben.

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	O 5
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	UB Parteitag
BETREFF	Quotierte Redeliste auf Unterbezirksparteitagen

1
2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
3
4 Auf Unterbezirksparteitagen der SPD Duisburg wird eine nach Geschlechtern quotierte
5 Redeliste geführt:
6
7 Redebeiträge sollen zwischen männlichen* und nicht-männlichen* Genoss*innen
8 abwechseln. Wenn drei Personen des gleichen Geschlechtes sich gemeldet haben und
9 noch weitere auf der Rednerliste stehen wird, sobald eine Person des anderen
10 Geschlechtes sich meldet, als nächstes auf die Rednerliste gesetzt.“

11
12 Begründung:

13 Noch immer bestimmen vornehmlich Personen männlichen Geschlechts*
14 gesellschaftliche und politische Vorgänge. Die zweifellose Herrschaft des Patriachats
15 lässt sich schlicht durch die Verteilung von Geschlechtern in unserer Partei belegen: 68%
16 der Genoss*innen geben ihr Geschlecht als „männlich“ an.¹

17 Um dieser Rolle der Frau in der zweiten Reihe der Geschehnisse entgegen zu treten,
18 benötigt es ein Umdenken in feministische Richtung.

19 Eine Quotierung der Redeliste fördert Engagement weiblicher Genossinnen*, indem die
20 generell männlich*-dominante Debattenkultur strukturell untersagt wird. Frauen* fühlen
21 sich schlicht eingeladen, der Debatte zu partizipieren.

22 Da vom Schicksal der Unterdrückung weiblicher* Stimmen in Debatten mit quotierter
23 Redeliste auch männliche* Genossen betroffen wären, ist der Impuls zur Förderung
24 weiblicher* Talente auch in den männlichen* Reihen höher.

25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36 Angenommen:

37 Abgelehnt:

38 Überwiesen an:

¹ <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/140358/soziale-zusammensetzung>



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	O 6
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	UB Parteitag
BETREFF	Milieuanalyse für die Stadt Duisburg

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die SPD Duisburg beauftragt wissenschaftliche Expert*innen zur Erforschung der soziokulturellen Stadtstruktur Duisburgs, auch mit dem Bezug auf vergangene Wahlergebnisse in Duisburg; Unter anderem müssen die Fragen beantwortet werden, ob und welche Auswirkungen das Bildungsniveau, die Migrationsgeschichte, das Einkommen und Vermögen, sowie die Altersstruktur auf das Wahlverhalten hat.

Ziel ist die Erstellung einer Analyse in Bezug auf in Wahlkämpfen zu beachtende Milieus. Die erstellte Analyse wird allen Mitgliedern der SPD Duisburg zur Verfügung gestellt.

Anhand dieser Analyse erstellt der Vorstand der SPD Duisburg ein Wahlkampfkonzept zur kommenden Europa-, sowie Kommunalwahl.

Begründung:

In einzelnen Stadtteilen der Stadt Duisburg bekam eine rechtsextreme Partei über 20% der abgegebenen Stimmen. Zudem lag die Wahlbeteiligung in einigen Stadtteilen bei weniger als 60%. Nicht zuletzt anhand dieser Zahlen ist ein Problem der Ansprache der SPD Duisburg zu den Bürger*innen und Wähler*innen nicht zu leugnen.

Die Stadt Duisburg hat sich in ihrer Geschichte seit Ende des zweiten Weltkriegs wie nur wenige andere strukturell verändert – so auch die hier lebenden Menschen. Aus diesem Grund muss sich die Art der Ansprache mindestens in gleichem Maße wandeln.

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	07
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	Bundesparteitag
BETREFF	Einführung von online-organisierten Themenforen

1 Der UB Parteitag möge beschließen:
2

3 Jedes Parteimitglied soll sich unbürokratisch in einer festgelegten Anzahl an Online-
4 Themenforen beteiligen können. Dazu werden Themenforen zu verschiedenen
5 Politikbereichen (z. B. Arbeit, Umwelt, Digitales) eingerichtet, die jedes Parteimitglied
6 einsehen darf. Jedes Themenforum entscheidet für sich, wie viele Unterforen eingerichtet
7 werden und auch, inwiefern sich diese zeitlich und inhaltlich beschränkt oder
8 unbeschränkt für Nicht-Themenforen-Mitglieder oder gar Nicht-Parteimitglieder öffnet.
9

10 Die Online-Themenforen sollen nicht nur die konkrete inhaltliche Sacharbeit an Texten
11 ermöglichen. Vielmehr sollen diese auch der Vernetzung dienen, in dem Online-
12 Konferenzen, Chats, aber auch klassische Konferenzen vor Ort ermöglicht werden.
13

14 Die Themenforen, nicht aber die Unterforen, sind antragsberechtigt für den
15 Bundesparteitag und stellen Delegierte für den Bundesparteitag, die innerhalb der Foren
16 bestimmt werden. Der Parteivorstand stellt hauptamtliches Personal und Budget bereit,
17 die die Themenforen in organisatorischen und administrativen Belangen unterstützen.
18 Der SPD-Parteivorstand wird damit beauftragt, Online-Themenforen technisch und
19 konzeptionell umzusetzen und spätestens im 1. Halbjahr 2019 einzuführen.
20

21 **Begründung:**

22 Die Möglichkeit der Themenforen wurden bis jetzt nicht so genutzt, dass die Mehrheit der
23 Partei daran teilhaben kann. Die ortsgebundene Arbeit in Ortsvereinen entspricht nicht
24 der Lebensrealität vieler (insbesondere jüngerer) Mitglieder. Viele Mitglieder möchten
25 sich konkret inhaltlich beteiligen. Online-Themenforen erfüllen mehrere Zwecke:
26

- 27 • Sie ermöglichen die Teilhabe an politischen Prozessen direkt ab Beginn der
28 Mitgliedschaft und sind ortsungebunden möglich.
- 29
- 30 • Sie zeigen die Kompetenzen innerhalb der Partei auf. Durch die Themenforen
31 werden sich Mitglieder beteiligen, die aufgrund unterschiedlicher Gründe bis
32 jetzt nur passive Mitglieder waren.
- 33
- 34 • Sie ermöglichen die Vernetzung von SPD-Mitgliedern über die klassischen
35 regionalen Grenzen hinaus.
36

37 Online-Themenforen müssen auch mit politischer Macht und Kompetenzen ausgestattet
38 werden, um den Vorwurf der Scheinbeteiligung ausdrücklich zu entkräften. Dies wird
39 durch das Antragsrecht für den Bundesparteitag und dem Stellen von ordentlichen

40 Delegierten sichergestellt. Das deutsche Parteiengesetz ermöglicht ein Fünftel
41 ortsungebundene Delegierte, wovon die SPD abgesehen vom Parteivorstand, bis jetzt
42 keinen Gebrauch macht.

43

44

45

46

47

48

49 Angenommen:

50 Abgelehnt:

51 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	O 8
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	Bundesparteitag
BETREFF	Einführung einer Jugendquote

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
2
3

- 4 1. Die SPD führt eine Jugendquote für Parteigremien auf der Bundes- und
5 Landesebene der SPD. 25 Prozent der Mitglieder in Führungsgremien müssen
6 Mitglieder unter 35 Jahren sein.
7 2. Die SPD will eine Verjüngung der MandatsträgerInnen. Jeder fünfte Listenplatz
8 muss für Kandidatinnen und Kandidaten unter 35 Jahren bestimmt sein.
9

10 **Begründung:**
11

12 Die SPD braucht mehr jüngere VertreterInnen in den Parlamenten und Parteigremien.
13 Die SPD bietet aktuell zu wenigen jungen Menschen Möglichkeiten, ihre Generation
14 innerhalb der Parteigremien und in Parlamenten zu vertreten. Junge Politikerinnen und
15 Politiker bringen neue Ideen mit und erweitern das Themenspektrum der Partei. Die SPD
16 wird mit einer starken Jugendeinbindung innovativer. Außerdem wird eine stärkere
17 Identifikation für junge Wählerinnen und Wähler ermöglicht.
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

39 Angenommen:
40 Abgelehnt:
41 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	O 9
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	Bundesparteitag
BETREFF	Ideenmanagement - gemeinsam innovativ

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2
3 Der Parteivorstand entwickelt ein Ideenmanagement für die SPD. Hier können Mitglieder,
4 einzeln oder in der Gruppe, ihre Ideen online einreichen. Gesammelt werden Ideen,
5 welche

- 6 • die Arbeitsabläufe oder die Kommunikation innerhalb der SPD,
- 7 • mit der SPD,
- 8 • die Kommunikation und Responsivität mit Bürgerinnen und Bürgern
- 9 • sowie die Umsetzung von Kümmerer-Arbeit

10
11 vereinfachen oder verbessern. Eingereichte Ideen sind transparent und offen für andere
12 sichtbar und können bewertet und kommentiert werden. Über ein hauptamtlichen
13 Steuerungsteam werden in einem koordinierten Prozess Ideen bewertet, weiterentwickelt
14 und an die IdeengeberInnen zurück kommuniziert. Die Partei garantiert eine
15 Rückmeldung oder politische Bewertung des passenden Parteigremiums der am besten
16 bewerteten Ideen innerhalb von sechs Monaten.

17
18 **Begründung:**

19
20 Jedes Mitglied hat gute Ideen und kann sie einbringen um die Arbeit der SPD zu
21 verbessern. Wir wollen keine Idee verlieren. Dafür braucht es einen strukturierten und
22 transparenten Prozess, an dem sich alle beteiligen können und der kreative Lösungen
23 herausfiltert.

24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

39 Angenommen:
40 Abgelehnt:
41 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	O 10
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	Bundesparteitag
BETREFF	Hauptamtliche Strukturen stärken: feste AnsprechpartnerInnen für Engagement und Vielfalt

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
2

3 Die Landesverbände und Bezirke der SPD schaffen die Stelle eines/einer Engagement -
4 Beauftragten als zentrale Anlaufstelle für neue und alte Parteimitglieder, die Angebote
5 entsprechend der Kompetenzen und des Zeitbudgets des jeweiligen Mitglieds macht und diese
6 auch innerhalb der Parteistrukturen mit den relevanten AnsprechpartnerInnen vernetzt.

7 Die Landesverbände, Bezirke und der Parteivorstand schaffen außerdem die Stelle eines/einer
8 Vielfalts-Managers /in, der Parteistrukturen und -Prozesse kontinuierlich hinsichtlich möglicher
9 Engagementhemmnisse für eine Vielfalt an Menschen hat. Bei der Finanzierung dieser Stellen
10 unterstützt der Parteivorstand.
11

12 **Begründung:**

13
14 Die hauptamtlichen Strukturen der Partei spiegeln vielerorts nicht die organisationellen
15 Herausforderungen wider, vor denen die SPD steht. So gibt es auf fast allen Ebenen
16 FachreferentInnen, wichtige Querschnittsthemen sind aber nicht personell besetzt und haben
17 damit auch kaum Chancen, stringent und nachhaltig in der Partei vorangetrieben zu werden.

18 Die Mitglieder der Partei sind ihre wichtigste Ressource. Sowohl was Zeit und Engagement, aber
19 auch was Wissen und Expertise angeht. Diese Ressource kann an vielen Stellen nur dort genutzt
20 werden, wo es einen aktiven Kern an Mitgliedern gibt, die sich gut kennen. Die Fähigkeiten von
21 neuen Mitglieder werden nicht systematisch abgerufen. Hierfür muss das Mitgliedermanagement
22 der Partei deutlich verbessert werden und neue Prozesse aufgesetzt werden, damit auch bei
23 langjährigen Mitgliedern oder z.B. Mitgliedern, die umziehen, die Einbindung erleichtert wird.
24 Hinzu kommt, dass für Menschen, die noch nicht lange in der Partei sind, die Strukturen und
25 Möglichkeiten, sich zu engagieren, mehr als unübersichtlich sind. Langjährige Parteimitglieder
26 und hauptamtliche MitarbeiterInnen setzen jedoch oftmals voraus, dass die Strukturen des
27 Engagements in der Partei sehr verständlich sind. Um dies aufzubrechen, soll es bei jedem
28 Landesverband zentrale Engagement-Beauftragte geben, die über Engagement- Möglichkeiten
29 informieren, (Neu)Mitglieder an die richtige Stellen verweisen und ein auf das Zeitbudget der
30 Personen zugeschnittenes Engagementangebot machen.

31 Alleine durch diese Maßnahmen kann die Engagementschwelle sinken und sich auch die
32 Zusammensetzung der aktiven Mitglieder heterogener gestalten. Zusätzlich braucht es aber in
33 jedem Landesverband und auf Bundesebene sogenannte Diversity ManagerInnen mit
34 Querschnittskompetenz, die alle Parteistrukturen und -prozesse daraufhin untersuchen, wie sie
35 Diversity begünstigen bzw. behindern. Diese müssen mit Vorschlagsrecht beim Parteivorstand
36 bzw. den Landesvorständen ausgestattet sein.
37
38
39

40 Angenommen:

41 Abgelehnt:

42 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	O 11
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	Bundesparteitag
BETREFF	Für eine Kultur der Gleichberechtigung in der SPD

1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

2
3 Die SPD verfügt seit Langem über viele gute Instrumente zur Durchsetzung von mehr
4 Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern in der Partei. Diese Instrumente
5 wurden hart erkämpft und sind nach wie vor wichtig und erfolgreich: Durch Frauenquote
6 und Reißverschluss bei Wahllisten konnte der Frauenanteil in den Vorständen aller SPD-
7 Gliederungen sowie in den Fraktionen der SPD auf allen Ebenen signifikant erhöht
8 werden.

9 Wir müssen jedoch feststellen, dass das Gesicht der SPD im Gegensatz zu unseren
10 politischen Mitbewerbern trotzdem immer noch vorwiegend männlich geprägt ist und so
11 auch von Wählerinnen und Wählern wahrgenommen wird. Auch in der breiten
12 Mitgliedschaft ist die Geschlechterparität noch lange nicht erreicht – nur 32 Prozent aller
13 SPD-Mitglieder sind Frauen. Das zeigt, dass trotz unseres fortschrittlichen politischen
14 Programms die Gleichstellung innerhalb unserer eigenen Partei immer noch etwas ist, an
15 dem wir kontinuierlich arbeiten müssen und uns nicht zurücklehnen dürfen. Mit den
16 richtigen organisationspolitischen Instrumenten sind wichtige Schritte in Richtung
17 Gleichstellung gemacht worden. Diese Instrumente müssen aber über ihren Beschluss
18 hinaus mit Leben gefüllt werden. Wir brauchen einen Kulturwandel in der Partei. Wir
19 müssen es als Partei schaffen, eine Kultur des Zusammenarbeitens und des gemeinsam
20 Politikmachens zu leben, die für Frauen und Männer gleichermaßen attraktiv ist. Dieser
21 Kulturwandel muss sich auf allen Ebenen der Partei vollziehen und er erfordert harte
22 Arbeit.

23 Wir fordern den SPD-Parteivorstand daher auf, einen Verhaltenscodex für mehr
24 Gleichberechtigung in der Partei zu erarbeiten, diesen den Gliederungen und Gremien
25 zur Verfügung zu stellen und einen konkreten Plan zu seiner Implementierung
26 vorzulegen. Ein solcher Verhaltenscodex soll die gleichstellungspolitischen Erfolge durch
27 eine Kultur der Gleichberechtigung verstärken.

28
29 Ein Verhaltenscodex soll folgende Eckpunkte berücksichtigen:

30
31 Sexismus hat in der SPD keinen Platz. Er muss auf allen Ebenen konsequent erkannt,
32 angesprochen und
33 sanktioniert werden. Es geht um Wertschätzung jede/r einzelnen und der Fähigkeiten,
34 die er/sie mitbringen. Dazu gehören ein persönlicher Umgang auf Augenhöhe, Danke zu
35 sagen und neuen Ideen und Veränderungsvorschlägen offen gegenüberzustehen. Auch
36 neue Parteimitglieder sollen frühzeitig mit interessanten und fordernden Aufgaben
37 betraut werden.

38
39 Wir müssen auf eine Kommunikation nach innen und außen achten, die Frauen
40 anspricht. Dies beinhaltet, dass Veranstaltungen und Podien selbstverständlich
41 paritätisch besetzt werden. Frauen sollen im Auftritt der Partei als die selbstverständliche

42 Hälfte der Partei wahrgenommen werden, den sie ausmachen. Frauen müssen in allen
43 Entscheidungsprozessen der Partei berücksichtigt werden.

44
45 Ein vielfältiges und aktives Parteileben wird zunehmend davon abhängen, ob eine
46 bessere Vereinbarkeit von familiären, beruflichen und ehrenamtlichen Engagement
47 gelingt. Es geht darum Sitzungen und Aktionen zu familienfreundlicheren Zeiten
48 stattfinden zu lassen und wo das nicht geht, Engagement zu organisieren, dass auch
49 Mitglieder mit wenige Zeit einen sinnvollen Beitrag leisten können. Wo dies möglich ist,
50 muss die Betreuung von Kindern bei Parteiveranstaltungen sichergestellt werden. Damit
51 in Zusammenhang steht auch, dass Sitzungen in ihrem zeitlichen Verlauf realistisch
52 geplant werden und dies transparent kommuniziert wird. Sitzungen von Gliederungen
53 sollten regelmäßig stattfinden, eine nachvollziehbare Tagesordnung und eine feste
54 Endzeit haben und moderiert werden, so dass gerade weniger sitzungserfahrene
55 Mitglieder und Frauen stärker in Diskussionen einbezogen werden. Weil wir diese
56 Erwartung haben, müssen wir auch allen, an die wir sie richten, die Möglichkeit geben,
57 sich in den oben genannten Bereichen weiterzubilden. So wird die Übernahme eines
58 Amtes innerhalb der SPD auch gleichsam zur Möglichkeit, sich selbst zu qualifizieren
59 und die erlernten Qualifikationen auch jenseits der SPD zu nutzen. Das macht das
60 Engagement für die Sozialdemokratie attraktiver! Die Parteschule wird deshalb verstärkt
61 Angebote für alle Mandats- und FunktionsträgerInnen in der SPD machen, die ortsnahe
62 und barrierefrei stattfinden. Beispielsweise:

63

- 64 • Kommunikation und Moderation in der politischen Arbeit vor Ort
- 65 • Inklusive Veranstaltungsorganisation
- 66 • Wertschätzend Kommunizieren
- 67 • Sexismus und Diskriminierung erkennen und bekämpfen
- 68 • Management-Skills für Ortsvereins- und Kreisvorsitzende: So führe ich eine SPD-
69 Gliederung

70

71

72 **Begründung:**

73 s.o.

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92 Angenommen:

93 Abgelehnt:

94 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	O 12
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	Bundesparteitag
BETREFF	Frischer Wind in den Strukturen

1
2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

- 3
4 1. Delegationen auf der Bundes- und Landesebene sind künftig so zu besetzen, dass 25
5 Prozent der Delegierten im Vergleich zum gleichrangigen Parteitag davor neu zu
6 benennen sind. Eine Wiederbesetzung ist für den darauffolgenden Parteitag danach
7 wieder möglich.
8 2. Auch in den klassischen lokalen Parteistrukturen vor Ort sollen sich neue Mitglieder in
9 Entscheidungsfunktionen wiederfinden können. Hierfür sollen bei jeder Wahl 25% der
10 Ämter an Mitglieder vergeben werden, die ein Amt auf solch einer Ebene noch nicht
11 über einen längeren Zeitraum (z. B. länger als 12 Monate) ausgeführt haben.
12

13 **Begründung:**

14 Wir wollen die SPD aktiv mit frischen Ideen und Köpfen weiterentwickeln und
15 Möglichkeiten finden Mitgliedern, die in der Vergangenheit noch kein offizielles Amt
16 ausgeübt haben, den Einstieg der Mitgestaltung innerhalb der Parteistrukturen zu
17 erleichtern. Neuen Parteimitgliedern fällt es zunehmend schwer, zu
18 entscheidungsrelevanten Positionen und Gremien. Zugang zu erhalten. Hier gilt oftmals
19 das Senioritätsprinzip. Wer am längsten und aktivsten dabei ist, erhält einen
20 Delegiertenlistenplatz oder kann sich im Kreisvorstand engagieren. Hierbei kommen
21 oftmals auch dieselben Berufsgruppen zum Zuge, da sich ihr Arbeitsalltag am
22 flexibelsten mit Sitzungszeiten vor Ort vereinbaren lässt.

23 In der heutigen Zeit, die immer mobiler ist und in der mehrfache studien- und
24 berufsbedingte Umzüge keine Seltenheit mehr sind, haben neue Mitglieder es
25 zunehmend schwer, sich in einer Position als Amtsträger innerhalb der Partei zu
26 engagieren. Dabei benötigen wir frische Ideen und Sichtweisen, um die SPD langfristig
27 erfolgreich aufzustellen.

28 Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen Diversifikation und frische Ideen stärken sowie
29 neuen Personalien die aktive Mitgestaltung in relevanten Funktionen ermöglichen.
30
31
32
33
34
35
36
37

38 Angenommen:

39 Abgelehnt:

40 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	O 13
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	Bundesparteitag
BETREFF	Durchführung einer Mitgliederbestandsanalyse

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Der Parteivorstand erhebt mithilfe einer Studie, welche Berufe zu welchem Prozentsatz innerhalb der SPD- Mitgliederbasis präsent sind. Diese Studie wird durchgeführt durch die Hauptamtlichen in der Fläche. Im Rahmen der Bestandsanalyse werden ebenfalls Interessen, Spezialwissen und Zeitbudgets der Mitgliederbasis abgefragt, so dass auf das Wissen in späteren Projekten zugegriffen werden kann.

11 **Begründung:**

12
13
14
15
16
17
18
19
20
21

In den relevanten Entscheidungsgremien der SPD sind insbesondere AkademikerInnen überrepräsentiert. Die SPD aber ist eine Volkspartei, die alle Bevölkerungs- und Berufsgruppen repräsentiert. Um die Interessen der Parteibasis bestmöglich vertreten zu können, möchten wir, dass die Partei langfristig nicht durch akademisch, juristisch geprägte Berufsgruppen dominiert wird, sondern sich die Vielfalt der Berufswelt in der Partei besser widerspiegelt. Dies ist notwendig, um die Lebensrealitäten einer Gesellschaft im Wandel bestmöglich abzubilden. Angestrebt wird, dass die Mitgliederstruktur sich auch langfristig in den Entscheidungsgremien widerspiegelt.

22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Für eine Organisation ist es unabdingbar zu wissen und zu verstehen, welche Fähigkeit und Spezialwissen innerhalb der Mitgliederbasis vorhanden sind, um deren Wissen und Netzwerke für die Umsetzung von Projekten einsetzen zu können. Mit diesem Wissen kann eine gezielte Ansprache für die Mitarbeit in den Foren der Partei erfolgen.

39 Angenommen:
40 Abgelehnt:
41 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	R1
ANTRAGSTELLER	OV Rumeln-Kaldenhausen
ADRESSAT	Bundesparteitag
BETREFF	Schluss mit dem Kurs der Mitte – Wir brauchen eine inhaltliche Erneuerung!

1 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat ein Problem! Sowohl in Nordrhein-Westfalen
2 als auch auf Bundesebene wurde sie mit den historisch schlechtesten Ergebnissen abgestraft. In
3 NRW verlor sie dadurch sogar die Regierungsverantwortung. Jetzt gilt es die Fehler für diese
4 Ergebnisse zu analysieren und diese für die Zukunft zu beheben.
5 In Bund und Land gab es populäre und fähige Spitzenkandidat*innen, die von einer breiten
6 Masse innerhalb der Partei getragen wurden. Es wäre also zu schnell und zu einfach nun wieder
7 dem Spitzenpersonal die Schuld zu geben; abermals Köpfe auszutauschen wird nicht mehr
8 reichen.
9 Viele Gründe wurden für die verlorene Landtagwahl in NRW genannt. Mit der desaströsen
10 Wahlniederlage im Bund kommen weitere Gründe hinzu: Nach der Nominierung von Martin
11 Schulz zum Spitzenkandidaten gelang es nicht, das vorhandene Potenzial inhaltlich zu
12 untermauern und an die Wahlurne zu bringen. Ebenfalls war es falsch, Martin Schulz während
13 der Landtagswahlkämpfe zu isolieren. Die genannten Gründe erklären allerdings nicht
14 ausreichend, wie ein Wahlergebnis von 20,5 % entstehen konnte.
15 2009 begann der Neugestaltungsprozess der Sozialdemokratie - damals fuhr die SPD mit rund
16 23 % das bis dahin schlechteste Ergebnis bei einer Bundestagswahl ein. Mit Veränderungen der
17 Strukturen, von denen heute nur noch wenig übrig ist: Abschaffung des Präsidiums,
18 Verkleinerung des Bundesvorstandes, Vergrößerung des Parteitags, Durchführung jährlicher
19 Parteitage und ergänzender Parteikonvente, Einführung von sogenannten Gastmitgliedschaften.
20 Die Strukturen sollten offener gestaltet werden und die Mitglieder stärker einbezogen werden.
21 Dieser Prozess gipfelte in der Möglichkeit per Mitgliederentscheid über den Koalitionsvertrag der
22 großen Koalition im Jahre 2013 abstimmen zu können. Auch in den verkrusteten Strukturen ist
23 die Erklärung also nicht zu finden, warum die Talfahrt für die Sozialdemokratie nicht gestoppt,
24 sondern im Gegenteil noch befördert wurde.
25 Wenn also nicht Personen und Strukturen das Problem sind, dann muss dringend über die
26 Inhalte gesprochen werden. Als es 2009 um die Erneuerung der Partei ging und das
27 Wahlergebnis auf dem Bundesparteitag in Dresden diskutiert wurde, sagte die ehemalige Juso-
28 Vorsitzende Franziska Droschel: „Wenn wir wieder Profil haben wollen, dann müssen wir mutig
29 genug sein, auch Dinge, die in der Gesellschaft auf Widerstand stoßen, zu vertreten.“ Es braucht
30 eine Neuausrichtung der inhaltlichen Positionierung. Die folgenden Thesen sollen dafür eine
31 Grundlage sein; sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sollen die Diskussion
32 anregen.
33 Die Labour Party in Großbritannien konnte sich bei den letzten Wahlen in GB revitalisieren; es
34 gab eine radikale Abkehr vom sogenannten dritten Weg, den Blair und Schröder für die
35 europäische Sozialdemokratie ausgerufen haben. Dieser Weg war zum einen an die Bedürfnisse
36 des Marktes angepasst und kritisierte zugleich die Ziele der klassischen Sozialdemokratie. Dieser
37 Weg bestimmte seit 2003 die Politik der Sozialdemokratie in Regierung und Opposition. Aus
38 diesem Grunde konnte sich die SPD auch in den Oppositionsjahren 2009 – 2013 nicht erholen.
39 Die Entwicklung der Labour Party in Großbritannien ist nicht eins zu eins auf die Situation in
40 Deutschland übertragbar, aber die Entwicklung zeigt, dass es einen Ausweg aus dem
41 neoliberalen Weg der SPD gibt. Wenn die SPD wieder Wahlen gewinnen will und den Anspruch
42 hat, diese Gesellschaft zu verändern und zu einer besseren zu machen, wenn sie es ernst meint
43 mit dem im Grundsatzprogramm verankerten Ziel des demokratischen Sozialismus', dann muss

44 sie alle ihre konkreten Forderungen diesem Ziel unterordnen und nicht in Wahlkämpfen oder
45 Regierungshandeln das Gegenteil fordern und umsetzen.

46 In der Mitte verlieren wir Wahlen!

47 Sprach Sigmar Gabriel 2009 noch davon, dass sich die SPD wieder „in die Mitte kämpfen“
48 müsse, ist acht Jahre später klar, dass damit keine Mehrheit in der Gesellschaft erreicht wird und
49 keine Wahlen gewonnen werden. Mittlerweile ist die Sozialdemokratie so schwach, dass es nicht
50 einmal mehr für eine parlamentarische linke Mehrheit reicht, obwohl Linke und Grüne an Sitzen
51 zugelegt haben. Vielmehr kann die Sozialdemokratie die sogenannte Mitte als Endstation
52 betrachten. Gelingt es der SPD nicht, sich neu auszurichten, wird sie das Schicksal vieler
53 europäischer Schwesterparteien teilen.

54 Der Kapitalismus ist nicht zu retten!

55 Immer wieder zeigt der Kapitalismus wie krisenanfällig und brüchig er ist; zuletzt hat er im Jahre
56 2007 seine wahre Fratze gezeigt, indem er das weltweite Finanzsystem fast zugrunde gerichtet
57 und viele Sparer*innen in Angst versetzt hat. Immer wieder wird mit halbherzigen Maßnahmen
58 versucht die Auswirkungen des Kapitalismus' zu reduzieren oder einzuschränken. Aber der
59 Kapitalismus wird immer soziale Ungleichheit produzieren und die Kluft zwischen Arm und Reich
60 verstärken. Die SPD muss anfangen ihr Grundsatzprogramm ernst zu nehmen und umzusetzen:
61 Das Ziel bleibt der demokratische Sozialismus.

62 Gute Arbeit!

63 Atypische Beschäftigungen gehören für viele zum Alltag: 2016 waren rund 40 % der abhängig
64 Beschäftigten in einer atypischen Beschäftigung. Dazu zählen u. a. die befristete Beschäftigung,
65 die Beschäftigung in Teilzeit und die Beschäftigung im Niedriglohnsektor. Diesen Menschen
66 konnte die SPD mit ihrem Wahlprogramm nicht deutlich machen, dass sie deren Ängste und
67 Sorgen ernst-nimmt. Ein sorgenfreies Leben ist vor diesem Hintergrund unmöglich. Viele
68 verzichten auf eine Familienplanung, Kredite können nicht aufgenommen werden, Auto- oder
69 Immobilienfinanzierung kommen nicht in Frage. Leiharbeit und Werkverträge sind für viele
70 ArbeitnehmerInnen Alltag und gehören endlich abgeschafft. Die Meisten haben Angst vor der
71 Arbeitslosigkeit und dem fast unweigerlichen sozialen Abstieg. Mit dem ALGQ gab es einen
72 guten Ansatz, der das Kernproblem allerdings nicht gelöst hätte. Die Sanktionsmöglichkeiten für
73 die Ü25 Jährigen sollten im Bereich des ALGs II bestehen bleiben und es fehlte jede Diskussion
74 über eine Erhöhung des Arbeitslosengeldsatzes.

75 Gute Rente!

76 Vor dem Hintergrund wachsender Altersarmut ist es zu wenig, das Rentensystem nur marginal
77 zu verändern. Viele Menschen sind von Altersarmut betroffen und müssen Leistungen des
78 Staates in Anspruch nehmen. Für einen Menschen, der jahrzehntelang Vollzeit arbeitete und
79 immer in die Rentenkasse einzahlte, ist dieses System ein Schlag ins Gesicht. Die SPD muss
80 weg von den verschiedenen Säulen in der Rentenversicherung und sich für eine
81 Bürger*innenversicherung im Rentensystem einsetzen.

82 Kampf gegen die AfD!

83 Die Beschimpfungen und Verunglimpfungen der AfD-WählerInnen genügt als Strategie gegen die
84 AfD nicht. Die SPD muss die Gründe für die Wahlentscheidungen zu Gunsten der AfD
85 analysieren und eine Strategie entwickeln, die die Menschen wieder ins
86 (Sozial-)demokratische Spektrum zurückholt; immerhin hat die SPD 510.000 WählerInnen an die
87 AfD verloren. Der Blick auf das Ergebnis der CSU in Bayern zeigt: Es reicht nicht, die plumpen
88 Forderungen der AfD zu übernehmen und nachzuplappern.

89
90 Die Zukunft ist offen; eine bessere kommt nicht von selbst, sie muss erdacht und erstritten
91 werden.

92

93

94

95

96 Angenommen:

97 Abgelehnt:

98 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	S 1
ANTRAGSTELLER	UB Vorstand
ADRESSAT	UB Parteitag
BETREFF	Änderung der UB Satzung

Der UB-Parteitag möge die folgenden Änderungen beschließen:

1. In § 7 Unterbezirksparteitag wird
 - a. die Zahl 260 in 180 geändert
 - b. die Zahl 30 in 20 geändert
 - c. im Abs. 2 wird eingefügt: „Alle Mitglieder der SPD Duisburg können mit Rederecht am Unterbezirksparteitag teilnehmen.
 - d. im Abs. 6 wird der letzte Satz geändert in „Der Versand erfolgt bei Mitgliedern mit hinterlegter Mailadresse elektronisch, ansonsten erfolgt er durch einfache Postsendung, die am dritten Werktag nach ihrer Aufgabe zur Post als zugegangen gilt “

2. Es wird ein neuer § 9 UB-Mitgliederversammlung eingefügt:

§ 9 neu (der bisherige § 9 und alle folgenden §§ verschieben sich entsprechend)

Unterbezirks-Mitgliederversammlung

1. Der UB-Vorstand kann anstelle des UB-Parteitages eine Versammlung aller Mitglieder des Unterbezirks einberufen (UB-Mitgliederversammlung).

2. Die UB-Mitgliederversammlung ist unverzüglich einzuberufen:

- auf Beschluss des UB-Parteitages, des UB-Vorstandes oder des UB-Ausschusses
- oder auf Antrag in Textform von mindestens 200 Mitgliedern unter Angabe der zu beratenden Tagesordnungspunkte/Anträge .

3. Der UB-Vorstand teilt den Mitgliedern des UB-Ausschusses sowie allen OV-Vorsitzenden des Unterbezirks sowie den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften auf UB-Ebene den Termin der Mitgliederversammlung mit der Aufforderung, Anträge binnen zwei Wochen einzureichen, mit.

Anträge, die nach dieser Frist eingehen, können nur durch Beschluss der Mitgliederversammlung zu gelassen werden.

4. Die Einladung mit der vorläufigen Tagesordnung sowie den vorliegenden Anträgen ist den Mitgliedern in der Regel vier Wochen vor der Versammlung oder unverzüglich nach der Beschlussfassung des UB-Parteitages, des UB-Vorstandes oder des UB-Ausschusses über die Einberufung einer Mitgliederversammlung zuzusenden.

5. Die UB-Mitgliederversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.

6. Die Antragsberechtigung ergibt sich aus Abs. 2 sowie § 7, Abs. 8 der Satzung.

- 44 7. Das Protokoll der UB-Mitgliederversammlung wird den OV-Vorsitzenden und allen
45 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zugeleitet und auf der Homepage des Unterbezirks
46 veröffentlicht.
47
- 48 8. Im § 11 (bisher 10) wird im Abs. 1 die Zahl 400 in 150 geändert
49
- 50 9. Im § 18 (bisher 17) wird der Satz „Bezirkssatzung der Sozialdemokratischen Partei
51 Deutschlands, Bezirk Niederrhein“ ersetzt durch „und der Satzung des Landesverbandes
52 NRW“
53
- 54 10. Im § 19 (bisher 18) wird der 2. Absatz („Anträge auf Abänderung der Satzung...“)
55 gestrichen

56 Begründung:

57 Im Antrag des UB-Vorstandes . „Die SPD Duisburg fit machen für die Zukunft“ werden die Ziele
58 deutlich, die mit diesen Vorschlägen verbunden sind.
59

60 Die Änderungen in § 7 (Reduzierung der Delegiertenzahl) sowie die Einführung einer UB-
61 Mitgliederversammlung (neuer § 9) wurden in den sechs Bezirkskonferenzen im Februar/März
62 sowie der Funktionärskonferenz am 10.4. ausgiebig diskutiert. Die Einführung eines Rederechts
63 für alle SPD-Mitglieder, die dem Unterbezirk angehen, war ebenfalls Bestandteil der dabei
64 vorgestellten Änderungsvorschläge.
65

66 Die Änderung im Abs. 6 soll es dem UB ermöglichen, den Mitgliedern die Einladungen (nicht die
67 Beratungsunterlagen) an ihre Mailadresse zu schicken. Damit sind erhebliche Einsparungen bei
68 den Versandkosten verbunden.
69

70 Der neue § 9 regelt die Einführung einer Vollversammlung aller Mitglieder im UB als
71 Beschlussgremium. Die Zuständigkeit für Wahlen und Satzungsänderungen bleibt beim UB-
72 Parteitag.
73

74 Der Vorschlag, im § 11 künftig für Ortsvereine bereits ab 150 Mitgliedern (statt bisher 400) eine/n
75 zweiten Vertreter/in vorzusehen, wurde in den genannten Sitzungen einhellig begrüßt.
76

77 § 18 muss an die Wirklichkeit angepasst werden, den Bezirk Niederrhein gibt es bereits seit
78 vielen Jahren nicht mehr. Einschlägig ist jetzt die Satzung des Landesverbandes.
79

80 § 19 sieht eine eigene Frist für satzungsändernde Anträge vor. Diese hebt nicht wie sonst üblich
81 auf den Eingang im UB-Büro ab, sondern auf ein Versanddatum. Bei Streichung dieses Passus
82 gelten für Satzungsänderungen die gleichen Fristen wie für alle anderen Anträge (Eingang 4
83 Wochen vor dem Parteitag, Versand 2 Wochen vor dem Parteitag).
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95

96 Angenommen:
97 Abgelehnt:
98 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	S 2
ANTRAGSTELLER	OV Schmidthorst-Neumühl
ADRESSAT	UB Parteitag
BETREFF	Strukturreform der SPD Duisburg

1
2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
3
4 dass der Passus in der Satzung des SPD-Unterbezirks Duisburg (§ 7 Ziff. 1) gestrichen
5 wird, der den Mitgliedern des UB-Vorstandes qua Amt das Stimmrecht auf den
6 Parteitag des Unterbezirkes gibt.

7
8 **Begründung:**

9
10 Der OV-Schmidthorst-Neumühl versteht das Ansinnen des Unterbezirksvorstandes, den
11 Parteitag zu verkleinern. Auch verstehen wir den Wunsch der Basis, das Verhältnis
12 zwischen Funktionärsstimmrechten und "normalen" Parteitagsdelegierten nicht zu
13 Gunsten der Funktionäre aus dem UB-Vorstand zu verschieben.

14
15 Da viele Mitglieder des UB-Vorstandes in den Diskussionen auf den Bezirkskonferenzen
16 gegen die Verkleinerung ihres Gremiums gute Argumente anbrachten, sehen wir es als
17 gute Lösung an, die Vorstandsmitglieder wieder den Weg über das Ortsvereinsmandat
18 nehmen zu lassen.

19
20 Jedes UB-Vorstandsmitglied sollte sich seine Legitimation -wie früher üblich- über seinen
21 Ortsverein geben lassen.

22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	S 3
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	UB Parteitag
BETREFF	Mehr Beteiligung durch Mitgliederversammlung für die SPD im Unterbezirk Duisburg

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
2
3 folgende Änderung der Satzung:
4 [...]
5 § 6 Unterbezirk
6 Organe des Unterbezirks sind:
7 **Die Mitgliederversammlung des Unterbezirks**
8 der Unterbezirksvorstand
9 der Unterbezirksausschuss.
10 **§ 7 Mitgliederversammlung des Unterbezirks**
11 1. **Die Mitgliederversammlung** ist das oberste Organ des Unterbezirks. **Sie**
12 entscheidet über die im Unterbezirk durchzuführenden politischen und
13 organisatorischen Aufgaben. **Sie** findet mindestens dreimal im Jahr statt und setzt
14 sich zusammen aus:
15 2. **Allen Mitgliedern der SPD im UB Duisburg, sowie**
16 Gästen auf Beschluss des UB-Vorstandes.
17 3. **Die Mitgliederversammlung** prüft die Legitimation der Teilnehmerinnen bzw.
18 Teilnehmer, wählt das Präsidium und bestimmt die Geschäftsordnung. **Die**
19 **Mitgliederversammlung** ist beschlussfähig, wenn **5% der Mitglieder des**
20 **Unterbezirks** anwesend sind.
21 4. Zu den besonderen Aufgaben **der Mitgliederversammlung** gehören:
22 [...]
23 6. Die Einberufung **der Mitgliederversammlung** und die Festlegung der
24 vorläufigen Tagesordnung erfolgen durch den Unterbezirksvorstand.
25 Die Einladung mit der vorläufigen Tagesordnung ist den **Mitgliedern des Unterbezirkes**
26 in der Regel mindestens sechs Wochen vorher mitzuteilen. Die Einladungen
27 werden durch einfache Postsendungen zugestellt und gelten
28 am dritten Werktag nach Aufgabe zur Post als zugegangen.
29 7. **Stimmberechtigung erfolgt, wenn** für die in den vorausgegangenen
30 vier Quartalen Pflichtbeiträge an den Unterbezirk abgeführt
31 worden sind.
32 8. Antragsberechtigt sind
33 **-alle Mitglieder des SPD Unterbezirks Duisburg, sowie**
34 - die Ortsvereine
35 - die Stadtbezirke
36 - der UB-Vorstand
37 - der UB-Ausschuss
38 - die Konferenzen und Vorstände der UB-Arbeitsgemeinschaften
39 - die vom Vorstand berufenen Arbeitskreise und Projektgruppen.
40 Anträge an **die Mitgliederversammlung** müssen spätestens 4 Wochen vor **der**
41 **Versammlung** dem Unterbezirksvorstand eingereicht werden. Der UB-Vorstand

42 leitet die gestellten Anträge spätestens zwei Wochen vor **der Mitgliederversammlung**
43 an die **Mitglieder** weiter.

44 9. Das Protokoll wird den **Mitgliedern** zugeleitet.

45 **§ 8 Außerordentliche Mitgliederversammlung**

46 **Eine außerordentliche Mitgliederversammlung** ist unverzüglich ein zu berufen:

- 47 • auf Beschluss **der UB-Mitgliederversammlung**
- 48 • auf Beschluss des UB-Vorstandes
- 49 • auf Beschluss des UB-Ausschusses
- 50 • auf Antrag von einem Drittel der Ortsvereine oder auf
- 51 Antrag von Ortsvereinen, die mindestens ein Viertel
- 52 der Mitglieder des Unterbezirks vertreten.
- 53 • auf Antrag von mindestens zwei Arbeitsgemeinschaften

54 **§ 9 Unterbezirksvorstand**

55 [...]

56 1. Der Unterbezirksvorstand wird von der **Mitgliederversammlung des Unterbezirks** für
57 die Dauer von zwei Jahren gewählt. Er setzt sich zusammen aus:

58 [...]

59 2. Der jeweilige Vorstand bleibt bis zur Neuwahl im Amt. Scheiden Mitglieder des UB-
60 Vorstandes aus, so findet auf **der nächsten UB-Mitgliederversammlung** eine
61 Nachwahl statt.

62 [...]

63 **§ 10 Unterbezirksausschuss**

64 [...]

65 4. Zu den Aufgaben des UB-Ausschusses gehören: Beratung und Empfehlung zu
66 wesentlichen politischen und organisatorischen Fragen, Vorbereitung der **UB-**
67 **Mitgliederversammlungen**, Empfehlung von Grundsätzen und Richtlinien für die
68 Parteiarbeit im Unterbezirk, [...]

69 **§ 12 Urwahl**

70 [...]

71 2. Die Urwahl ist durchzuführen
72 auf Begehren von mindestens 10 Prozent der Mitglieder des Unterbezirks
73 (Mitgliederbegehren)
74 auf Beschluss der **UB-Mitgliederversammlung** mit einfacher Mehrheit
75 auf Beschluss des Unterbezirksvorstandes mit 3/4-Mehrheit
76 auf Antrag von mindestens 3/5 der Ortsvereinsvorstände.

77 [...]

78 **§ 16 Beiträge – Abrechnungen**

79 [...]

80 2. Als Pflichtbeiträge gelten die **von der Mitgliederversammlung** bzw. Parteivorstand
81 festgesetzten Beitragssätze.

82 [...]

83 5. Der Landesverband erhält auf Beschluss des Landesparteirates einen bestimmten
84 Beitragsanteil. Die Aufteilung der verbleibenden Beitragsanteile zwischen Unterbezirk
85 und Ortsverein werden je nach Höhe der verbleibenden Anteile zwischen dem
86 Unterbezirksvorstand und Unterbezirksausschuss einvernehmlich festgelegt. Sollte es
87 nicht zu einer einvernehmlichen Regelung kommen, entscheidet die
88 **Mitgliederversammlung des Unterbezirks.**

89 [...]

90 **§ 18 Schlussabstimmung/Übergangsrichtlinie**

91 1. Die Unterbezirkssatzung tritt mit ihrer Annahme durch **die Mitgliederversammlung** in
92 Kraft. Änderungen können nur von einer **UB-Mitgliederversammlung** mit
93 Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Beschlossene Änderungen der

94 Unterbezirkssatzung treten sofort in Kraft.

95

96 Anträge auf Abänderung der Unterbezirkssatzung können nur beraten werden, wenn sie
97 6 Wochen vor **einer UB-Mitgliederversammlung** den **Mitgliedern** zugestellt worden
98 sind. Abweichungen von dieser Frist müssen auf **der Mitgliederversammlung** mit
99 Dreiviertelmehrheit beschlossen werden.

100 [...]

101

102

103 **Begründung:**

104 • Die SPD Duisburg genießt durch eine Mitgliederversammlung eine dringend
105 benötigte höhere Beteiligung

106 • Politische Meinungsbildung im Unterbezirk erfolgt breiter

107 • Ortsvereine haben keine Schwierigkeiten mehr bei Findung ausreichender
108 Delegierter

109 Der Unterbezirk kommt durch eine Mitgliederversammlung sinkenden Mitgliederzahlen
110 entgegen

111

112

113

114 Angenommen:

115 Abgelehnt:

116 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	S 4
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	UB Parteitag
BETREFF	Öffentliche Tagung des UB-Vorstandes

- 1
- 2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
- 3
- 4 Der Unterbezirksvorstand der SPD Duisburg tagt Jusos und parteiöffentlich.
- 5 Alle Mitglieder der SPD Duisburg werden eingeladen.
- 6
- 7 Begründung:
- 8 In der Debatte um eine Änderung der Struktur der SPD Duisburg wurde ein Problem
- 9 damit aufgezeigt, Informationen und Absprachen zwischen strukturellen Ebenen zu
- 10 verteilen; So attestierte auch Ralf Jäger nach der Ablehnung des Antrags aus dem
- 11 Parteivorstand über die Verringerung der Delegiertenanzahl für Parteitage ein
- 12 Kommunikationsproblem.
- 13 Durch eine offenere Struktur ist es Genoss*innen besser möglich, Entscheidungen aus
- 14 dem Parteivorstand nachvollziehen zu können.
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30
- 31
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37 Angenommen:
- 38 Abgelehnt:
- 39 Überwiesen an:



UB-Parteitag
am 21.06.2018

SPD Duisburg

ANTRAG	§ 5
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	UB Parteitag
BETREFF	Satzungsänderung

1
2 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

3
4 Die Satzung wird wie nachfolgend geändert:

5
6 [...]

7 8 **§ 7 Unterbezirksparteitag**

9
10 1. Der Unterbezirksparteitag ist das oberste Organ des Unterbezirks. Er entscheidet
11 über die im Unterbezirk durchzuführenden politischen und organisatorischen
12 Aufgaben. Er findet mindestens dreimal im Jahr statt und setzt sich zusammen aus:

13
14 **260 142** in den Ortsvereinen gewählten Delegierten
15 den Mitgliedern des UB-Vorstandes.
16 den 30 gewählten Delegierten der UB-Betriebsgruppenkonferenz
17 **und 20 gewählten Delegierten der Jusos.**

18
19 Beratend nehmen teil:

20
21 2. die ordentlichen und beratenden Mitglieder des UB-Ausschusses die
22 Mitglieder der Schiedskommission
23 die Mitglieder der Ratsfraktion
24 **die Vorstände der UB-Arbeitsgemeinschaften**
25 Gäste auf Beschluss des UB-Vorstandes.

26
27 [...]

28 29 **§ 9 Unterbezirksvorstand**

30
31 1. Der Unterbezirksvorstand wird vom Unterbezirksparteitag für die Dauer von zwei
32 Jahren gewählt. Er setzt sich zusammen aus:

33
34 - Der Vorsitzenden bzw. dem Vorsitzenden
35 - ihren/seinen beiden Stellvertreterinnen bzw. Stellvertretern, die in getrennten
36 Wahlgängen zu wählen sind
37 - der Schriftführerin bzw. dem Schriftführer
38 - der Kassiererin bzw. dem Kassierer
39 - der Bildungsreferentin bzw. dem Bildungsreferenten
40 - **und weiteren 15 weiteren** Vorstandsmitgliedern.

41 **- und je einem kooptiertem Mitglied der UB-Arbeitsgemeinschaften**
42 **welche bei Verhinderung durch benannte Vertreter*innen vertreten**
43 **werden können**

44 [...]

45 **Begründung:**

46 Es ist Zeit anzuerkennen, dass sich die Mitarbeit in der Partei nicht mehr nur
47 überwiegend auf die Ortsvereine verteilt. Ebenso findet eine rege Mitarbeit in den
48 Arbeitsgemeinschaften statt. Daher sollten wir, neben der Arbeitsgemeinschaft für
49 Arbeitnehmerfragen, auch weiteren Arbeitsgemeinschaften einen entsprechenden Anteil
50 im demokratischen Willensbildungsprozess einräumen.

51 Wer sich thematisch engagiert, bringt vorhandene Themennähe und Fachwissen ein und
52 baut seine Expertise und Kompetenz in den entsprechenden Bereichen aus. So wie der
53 Ortsverein seine örtliche Nähe und das Wissen vor Ort mitbringt, so bringt die
54 Arbeitsgemeinschaft das Wissen ihres Themenschwerpunkts ein.

55 Jedes Mitglied ist in ihrer und seiner Entscheidung der Art des Engagements frei. So
56 lasst uns auch denen eine Stimme verleihen, welche sich bewusst für die Themen der
57 Jugend einsetzen.

58
59 *Wer sind wir, dass wir auf dieses Wissen verzichten wollen?*

60
61 Warum aber haben wir den Delegiertenschlüssel so gewählt wie er hier steht?

- 62
- 63 • **Die Ortsvereine** sind das Rückgrat unserer Partei. Dementsprechend repräsentiert
64 eine 2/3-Mehrheit der Anzahl der Delegierten hier das große Gewicht der
65 Ortsvereine in unserer Partei.
- 66 • **Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen** ist das Gewissen unserer
67 Partei. Sie erinnert uns an unsere Herkunft aus der Arbeiterbewegung und mahnt
68 uns zum Einsatz für selbige. Daher sehen wir hier die bisherige Anzahl Delegierter
69 als angemessen.
- 70 • **Der Unterbezirksvorstand** führt die Beschlüsse unserer Delegierten aus. Daher
71 ist eine Teilhabe am Entscheidungsprozess der Aufgaben des Vorstandes mehr
72 als angemessen.
- 73 • **Die Zukunft** unserer Partei liegt in den Händen der jüngsten. Früher oder später.
74 Und selbstverständlich haben wir ebenso einen Gestaltungsanspruch. Die
75 Altersstruktur¹ der SPD erschwert uns diese Teilhabe zunehmend.
76 Doch gerade wir sind die Partei, die sich immer für die Chancengleichheit
77 eingesetzt hat. Traditionell sind wir es, die Chancenungleichheiten aufdecken und
78 beheben. Wir waren es, die die Bildung durchlässiger gemacht haben (ja, da ist
79 noch Luft!) und mehr Demokratie gewagt haben.
80 Deshalb gebt uns – der Jugend - die Chance zur Partizipation. Wir sind es die
81 unsere jüngsten Wähler repräsentieren und an ihren Themen „näher dran“ sind.

82
83
84
85 Angenommen:

86 Abgelehnt:

87 Überwiesen an:

¹ Vgl. Politische- und organisatorische Strukturen der SPD-Duisburg, 2018:

73,53 % der SPD-Duisburg sind älter als **51**, Seite 4

51,59 % der SPD-Duisburg sind älter als **61**, Seite 4

12,93 % der SPD-Duisburg sind **Jusos**, Seite 11